Die Entwicklung des Danziger Arbeitsmarktes.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen Philosophischen Fakultät

der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von

Hans-Detlef Hein
aus Elbing.

MARBURG
Buchdruckerei von Joh. Hamel
1928

Von der Fakultät als Dissertation angenommen
am 15. Juni 1927.
Berichterstatter: Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Troeltsch.
Tag der mündlichen Prüfung: 29. Juni 1927.

Gedruckt mit Genehmigung der Fakultät.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41556026_0073

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit behandelt die Entwicklung des Danziger Arbeitsmarktes hauptsächlich seit der Konstituierung des Freistaates. Als Unterlagen sind im wesentlichen persönliche Erkundigungen bei Führern der Danziger Industrie, des Handels, des Gewerbes und den Leitern der zuständigen Stellen des Danziger Senats benützt worden. Die Verwendung des Zahlenmaterials der einzelnen Arbeitsämter und Erwerbslosenfürsorgestellen war insofern schwierig, als alle Statistiken der ersten Jahre der Selbständigkeit des Freistaates (bis 1924) erhebliche Lücken aufwiesen. Erst seit dem die einzelnen Facharbeitsnachweise dem Arbeitsamt angegliedert waren, können die Zusammenstellungen für die Stadt Danzig Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Angaben der Aemter der Landkreise ließen jede Spezialisation der Gesamtsumme vermissen, sodaß im besonderen Teil nur die Stadt Danzig berücksichtigt worden ist. Die Lage ihres Arbeitsmarktes ist ja letzten Endes für die des Freistaates ausschlaggebend.

Die Untersuchungen des Danziger Statistischen Landesamtes sind unberücksichtigt gelassen, da sie leider erst Anfang 1926 beginnen; sie hatten beim Abschluß der Arbeit (Weihnachten 1926) noch keinen Vergleichswert. Den interessanten Zusammenstellungen ist das Schema der Berufszählung zugrunde gelegt.

Dem Leiter des Danziger Statistischen Landesamtes Herrn Bremischen Rat Dr. Martin J. Funk und Herrn Regierungsinspektor Ziegert vom Danziger Arbeitsamt verdanke ich manche freundliche Anregung zum Aufbau der Untersuchungen. Ganz besonderen Dank schulde ich aber meinem sehr verehrten Lehrer, Herrn Geheimen Regierungsrat Rrof. Dr. Troeltsch, nicht nur für die Anregung zur Arbeit, sondern auch für das dauernde Interesse während ihrer Entstehung.

Marburg, Januar 1927 Hans-Detlef Hein.

Die Entwicklung des Danziger Arbeitsmarktes.

Seite:

Vorwort 5
Literatur-Verzeichnis 9
Einleitung 11
I. Allgemeiner Teil
1. Der Danziger Arbeitsmarkt der Vorkriegszeit 13
Die Austauschmöglichkeiten mit dem Deutschen Reiche. — Die Danziger Industrie und ihr Tätigkeitsgebiet.
2. Der Danziger Arbeitsmarkt während des Krieges . . 14
Erweiterung der Rüstungsbetriebe. — Die Beschäftigungsmöglichkeit für Frauen. — Die Beziehungen zum deutschen Arbeitsmarkt. — Die besonderen Schwierigkeiten der Demobilmachung. — Das städtische Arbeitsamt.
3. Der Danziger Arbeitsmarkt bis zur Konstituierung des Freistaates 16
Die Umstellungen der Rüstungsindustrie und der Privatbetriebe. — Die steigende Erwerbslosigkeit. — Der Mangel an Betriebskapital und Rohstoffen.
4. Der Danziger Arbeitsmarkt während der Inflation . . 17
Die Einwirkung des Währungsverfalles auf den Arbeitsmarkt. — Die Beschäftigungsmöglichkeit für weibliche Kräfte. — Die Entwicklung der Danziger Unternehmungen. Die Neugründungen und Niederlassungen deutscher und ausländischer Firmen. — Die Folgen des Mißverhältnisses zwischen Preisen und Löhnen. — Die Einführung einer Zwischenwährung. — Die Arbeitskämpfe. — Rückblick über die Inflation.
5. Der Danziger Arbeitsmarkt seit der Stabilisierung der Währung 26
Die Konkurrenzunfähigkeit und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt. — Der Einfluß der Zlotyentwertung, der Depression auf dem polnischen Binnenmarkt und des deutsch-polnischen Handelskrieges auf den Danziger Arbeitsmarkt. — Der Vergleich der Arbeitslosigkeit Danzigs mit einigen deutschen Städten und des Freistaates mit den preußischen Provinzen. — Der Einfluß des polnischen Dumpings auf die Danziger Preisgestaltung. — Arbeitsmarktslage und Staatsfinanzen. — Notstandsarbeiten. — Auswanderung.

II. Besonderer Teil Seite:

1. Der Warenhandel 46
Die Entwicklung gegen die Vorkriegszeit. — Die Einwirkungen der Betriebsumstellungen. — Die Umschulungskurse — Der Ausverkauf. — Die Aenderung der Arbeitsmarktlage durch die Einführung des Guldens.

2. Der Geld- und Kredithandel 50
Die Entwicklung der Vorkriegszeit. — Die Expansion der Banken während der Inflation. — Statistik des Angestelltenapparates. — Die Einschränkungen durch die Stabilisierung. — Der Beamtenabbau. — Die Sparkasse der Stadt Danzig.

3. Der Hafen 54
Entwicklung des Schiffs- und Güterverkehrs. — Kohle- und Holzexport. — Lohnverhältnisse.

4. Die Metallindustrie 56
Allgemeines. — Die Beschäftigungsmöglichkeiten. — Die Betriebsumstellungen. — Die Vermittlungsbeziehungen zu Westdeutschland. — Die Umschulungskurse. — Der Einfluß des Währungsverfalles. — Die Neugründungen. — Die Ergebnisse des Generalstreiks im Sommer 1923. — Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes nach der Stabilisierung. — Die Leistungsfähigkeit des Danziger Arbeiters im Vergleich zum westdeutschen. — Die Kartellierungsmöglichkeit in der Werftindustrie. — Beschäftigungsmöglichkeit und Lohnverhältnisse. — Lebenshaltungskosten und Einkommen.

5. Die anderen Industriezweige 66
Die chemische Industrie. — Die Industrie der Steine und Erden. — Die Spinnstoff-, Zellstoff- und Papierindustrie. — Die Sprit- und Streichholzfabriken.

6. Das Handwerk 67
Handwerk und Industrie. — Die Einwirkung der Inflation. — Die Schädigung durch das polnische Dumping. — Die Verschiebung des Schwerpunktes innerhalb der einzelnen Handwerkszweige.

7. Insbesondere das Baugewerbe 71
Die steigende Bautätigkeit mit fallendem Markwert — Die Wohnungsbauten der Stadt. — Die Beschäftigungsmöglichkeit ausländischer Kräfte. — Die Umschulungskurse. — Die Bauten in Bölkau und am Hafen. — Die Arbeitskämpfe. — Lohnverhältnisse und Erwerbslosenfürsorge.

Seite:

8. Die Landwirtschaft 75
Allgemeines. — Die Landflucht. — Städtische Erwerbslose auf dem Lande. — Saisonarbeiterfragen. — Saisonarbeiter und Preisgestaltung. — Die Lohnverhältnisse.

9. Der Beamtenabbau 82
Das Sparprogramm des Senats. — Der Beamtenabbau. — Vergleiche mit Hamburg, Lübeck und Bremen.

III. Schlußbetrachtungen 84
Das Schlichtungswesen. — Tarifverträge. — 8-Stundentag. — Die Zukunft. — Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge. — Der Kaufkraftausfall. — Die Entwicklung des polnischen Arbeitsmarktes.

Anhang:

Tabelle I Entwicklung der Zahlen der Arbeitsuchenden der Stadt Danzig.

Tabelle II Entwicklung der Zahlen der unterstützten Erwerbslosen der Stadt Danzig.

Tabelle III Entwicklung der Zahlen der Arbeitsuchenden im Freistaat.

Quellen-Verzeichnis.

Akten des Arbeitsamtes der Stadt Danzig.
Akten des Arbeitsamtes der Stadt Oliva.
Akten des Landgerichtes Danzig Abteilung 10.
Akten des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes Danzig.
Akten des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes Oliva.
Akten des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes Zoppot.
Akten des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes des Kreises Danziger Niederung.
Akten des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes des Kreises Danziger Höhe.
Akten des Lohnamtes der Stadt Danzig.
Aus unveröffentlichtem Material des Danziger Statistischen Landesamtes über die Betriebszählung 1923.

Danziger Statistische Mitteilungen: Monatsschrift für Verwaltung, Wirtschaft und Landeskunde der Freien Stadt Danzig, Jahrgänge 1921, 1925 und 1926.
Danziger Wirtschaftszeitung: Jahrgänge 1921, 1925, 1926.
Wirtschaft und Statistik: Jahrgang 1926 Nr. 17 und 18.
Die Wirtschaftskurve: Jahrgang 1926 Nr. 2 u. 3.
Danziger Staatsanzeiger.
Danziger Neueste Nachrichten.
Danziger Allgemeine Zeitung.
Danziger Zeitung.
Danziger Landbund.
Danziger Raiffeisenbote.
Handwerkerzeitung: Amtliche Zeitschrift der Handwerkerkammer.
Soziale Praxis: Jahrgänge 1924-1926.

Geschäftsberichte 1924, 1925:
Der Danziger Privat-Aktienbank.
Der Sparkasse der Stadt Danzig.
Der Danziger Bank A.-G.
Der Danziger Raiffeisenbank A.-G.
Der Danziger Landwirtschaftsbank A.-G.
Der Internationalen Bank A.-G.
Der Danziger Handels- und Industriebank A.-G.
Der Landwirtschaftlichen Bank A.-G.
Der Danziger Bank für Handel und Gewerbe A.-G.

Der Danziger Commerz- und Depositenbank A.-G.
Der Kreditbank in Danzig A.-G.
Des Danziger Bankvereins, Gen. m. b. H.

Danziger Wirtschaft und Statistik 1923 A. W. Kafemann.
Bericht über die Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig: Nachkriegszeit, Julius Sauer 1926.
Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über die Lage in Danzig. Karl Becker 1926.
Aus der Sammelmappe des Danziger Statistischen Landesamtes: Bilder aus Danzigs Industrie, Handel und Handwerk. Bilder aus Danzigs Landwirtschaft I und II.
Janssen'scher Bericht des Völkerbundes über die Lage in Danzig. Karl Becker 1926.
Jahres-, Monats- und Tagesberichte des Arbeitsamtes der Stadt Danzig.
Denkschrift des Senats über die Finanzreform: veröffentlicht am 26. August 1926 in der Tagespresse.
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1907.
Danziger Staatshandbuch 1926: hrsg. vom Danziger Statistischen Landesamt.
Reichsarbeitsblatt.
Die Stellenlosigkeit der Kaufmannsgehilfen: Untersuchungen und Forderungen des Deutsch-Nationalen Handlungs-Gehilfen-Verbandes, eigener Verlag, Berlin 1925.
Staatslexikon von H. Sacher, Verlag Herder & Co., Freiburg/Br. 1926.
Politischer Almanach von M. Müller-Jabusch, Verlag K. F. Köhler, Berlin-Leipzig 1925.
Handbuch des Staatsmannes 1925/26 von Alphons Nobel, Verlag K. F. Köhler, Berlin-Leipzig 1925.
Der Vertrag von Versailles, bearbeitet von Dr. E. Rosenbaum, Verlag Philipp Reklam-Leipzig.

Einleitung.

Durch den Friedensvertrag von Versailles (Art. 100—108) ist die Stadt Danzig mit ihren beiden Landkreisen und einem weiteren deutschen Gebietsstreifen vom Mutterlande abgetrennt worden. Nach den Verträgen von Paris vom 9. November 1920 und Warschau vom 24. Oktober 1921 zwischen Danzig und Polen ist der Freistaat zwar als selbstständiges Gebilde nach außen hin anerkannt. Die im Laufe der Jahre ausgeführten Einzelbestimmungen des Friedensvertrages haben aber diesen Schein endgültig zerstört. Die Anwartschaften Polens im Freistaat lassen sich auf Grund des Versailler Diktats kurz folgendermaßen darstellen:

1. Danzig wird Teil des polnischen Zollgebiets.
2. Polen erhält freie Benutzung der Wasserstraßen und Hafeneinrichtungen.
3. Polen überwacht Eisenbahn, Post und Telegraph.
4. Polen erhält das Recht zum Ausbau der Hafeneinrichtungen und zum Erwerb von Grundstücken.
5. Polnische Staatsangehörige genießen in Danzig Gleichberechtigung.
6. Polen übernimmt die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs.
7. Polen erhält nach Beurteilung der Hauptmächte Teile des ehemaligen deutschen Staatsbesitzes in Danzig.
8. Polen entsendet neben 5 Danziger Bürgern 5 Vertreter in einen Hafenausschuß, der unter dem Vorsitz eines neutralen Ausländers die Angelegenheiten des Hafens verwaltet.

Die Verfassung des Freistaates, die der der deutschen Hansestädte ähnlich ist, wurde am 11. August 1920 fertiggestellt, auf Wunsch des Völkerbundes verschiedentlich geändert und ist am 11. Mai 1922 endgültig in Kraft getreten. Die gesetzgebende Körperschaft ist der Volkstag, dessen

120 Abgeordnete vom Volke auf vier Jahre gewählt werden. Die Regierung liegt in Händen des Senats. (Präsident und 7 hauptamtliche Senatoren auf 4 Jahre, stellvertretender Präsident und 13 nebenamtliche Senatoren vom Volkstag auf unbestimmte Zeit gewählt).

Die gänzlich willkürliche, ohne Volksentscheid gezogene Grenzlinie hat einen Staat geschaffen, über dessen Fortbestehen schon bei der Gründung Zweifel gehegt wurden. Die im Laufe der Zeit verwirklichten polnischen Rechte gemäß des Versailler Vertrages haben nicht nur teilweise zu langanhaltenden Rechtsstreitigkeiten geführt, sondern wie z. B. die Aufnahme Danzigs in das polnische Zollgebiet, dem Freistaat besonders 1925 und Anfang 1926 materielle Verluste durch die Absatzstockung nach Polen infolge der Zlotyschwankungen gebracht. Die Danziger Unternehmungen sind seitdem in erheblichem Maße auf das polnische Hinterland angewiesen, und alle Schwankungen im Wirtschaftsleben des großen Nachbarn haben ihre mehr oder minder schweren Auswirkungen auf den Danziger Arbeitsmarkt gezeigt.

I. Allgemeiner Teil.

1. Abschnitt.

Der Danziger Arbeitsmarkt der Vorkriegszeit.

Die Stadt Danzig war, solange sie Glied des Deutschen Reiches war, wie alle ostdeutschen Landesteile, als ein Gebiet mit dünner Bevölkerung unvergleichlich günstiger gestellt, als nach der Abtrennung, da im Deutschen Reiche ein Austausch der Arbeitskräfte in Krisenzeiten leichter möglich war. Die Industriegebiete an Rhein und Ruhr waren immer aufnahmefähiger als das andere Reichsgebiet. Ein Symptom für die Leichtigkeit dieser Abwanderung war, daß unter den dafür in Frage kommenden Arbeiterschichten die Zahl der Arbeitslosen nie einen besonderen Umfang erreichte, und daß nach beendeter Krise wieder ein Mangel an Fachkräften eintrat, der durch Zuwanderung ausgeglichen werden mußte. Infolge der zunehmenden Rüstungen im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg wurden die staatlichen Betriebe im Verhältnis zu der Privatindustrie großzügiger ausgebaut. Allerdings scheiterten die Versuche, in Danzig ein Eisenwerk zu gründen. Dieses Verhältnis zwischen den staatlichen und privaten Unternehmergruppen wirkte sich für den Arbeitsmarkt günstig aus, da die öffentlichen Betriebe regelmäßig staatliche Aufträge erhielten. Von den Unternehmen der Privatindustrie zeichnete sich die Firma F. Schichau besonders aus, denn die Qualität ihrer Torpedoboote (sog. S-Boote) erlangte bald Weltruf.

Die Danziger Industrie der Vorkriegszeit umfaßte hauptsächlich die Zweige der Holz-, Metall-, pharmazeutischen und chemischen Branche und tätigte Geschäfte im wesentlichen mit Westpreußen, Ostpreußen, Posen und Pommern. Der Wirkungsradius der Schiffahrt ging eigentlich über das westliche Rußland nicht hinaus; der Hafen war der Ein- und Ausfuhrplatz für das östliche Deutschland.

2. Abschnitt.

Der Danziger Arbeitsmarkt während des Krieges.

Der Ausbruch des Weltkrieges im August 1914 und die Ansprüche der Heeresverwaltung veränderten das Bild des Arbeitsmarktes vollständig. Die Zahl der bestehenden staatlichen Betriebe wurde zu Rüstungszwecken weitestgehend vermehrt und erweitert, und in der Privatindustrie traten die weiblichen Arbeitskräfte neben den beschäftigten Kriegsgefangenen mehr und mehr an die Stelle der männlichen. Da Danzig schon vor dem Kriege umfangreiche Heeresausrüstungsbetriebe gehabt hatte (Kaiserliche Werft, Gewehrfabrik, Artilleriewerkstatt, Korpsbekleidungsamt) war es verständlich, daß sich die Heeresverwaltung bemühte, um den gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen und den durch die Einberufung entstandenen Verlust auszugleichen, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen. Die eben erwähnten Rüstungsbetriebe der Friedenszeit wurden noch um eine Munitionsfabrik in Kokoschken, die besonders weibliche Arbeitskräfte beschäftigte, vermehrt. Mit dem Fortschreiten des Krieges und dem wachsenden Bedarf des Heeres an Streitkräften wuchs die Nachfrage nach Arbeitern ständig. Der nationale Frauendienst, die Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften richteten Nähstuben ein, die bei angenehmer Beschäftigung ausreichende Bezahlung gewährten. Die Nähstuben hatten den Zweck, bedürftigen Kriegerfrauen und vor allem Hinterbliebenen eine Unterhaltungsmöglichkeit zu schaffen. Man hatte aber in der ersten Zeit nicht verhindern können, daß zum größten Teil Frauen dort tätig waren, die durch gute Beziehungen eine Stelle angewiesen erhalten hatten. Erst durch das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, durch das die Frauen-Arbeitsmeldestellen dem Arbeitsamt angegliedert wurden, war es möglich, eine Uebersicht über die Lebenslage der sich Meldenden zu bekommen und dem Uebelstand abzuhelfen. Trotz der steigenden Nachfrage war ein gewisser Ueberschuß an Arbeiterinnen vorhanden. Der

Arbeitsnachweis konnte daher dem übrigen Reiche einige Transporte zur Verfügung stellen: 1917 fuhren zwei Trupps weiblicher Arbeitskräfte nach Berlin zu den Siemens-Schuckert-Werken, zwei weitere fanden bei den Westfälisch-Anhaltischen Stickstoffwerken in Reinsdorf bei Wittenberg Beschäftigung. Die Siemens-Schuckert-Werke erhielten im folgenden Jahre noch zwei weitere Transporte und der Firma Krupp in Essen wurden nacheinander 6 Abteilungen zur Verfügung gestellt[1]). Diese Arbeiterinnen, die dort aus allen Teilen des Reiches zusammen kamen, wurden in Sammellagern konzentriert. Die Landarbeiterinnen hatten Gelegenheit, in Thüringen, Sachsen und Pommern unterzukommen. Diese verhältnismäßig häufigen günstigen Verdienstmöglichkeiten hatten eine Verminderung der weiblichen Hausangestellten zur Folge, und man findet schon damals dieselbe Erscheinung wie man sie in der Zeit nach der Hochkonjunktur der Inflation beobachten konnte: die Familien, die in ihrem Haushalte Hilfskräfte beschäftigten, nahmen nur ungerne ehemalige Industriearbeiterinnen, deren veränderte Lebensweise, Arbeitswilligkeit und Ansprüche sich mit den Notwendigkeiten des Haushaltes schwer vereinbaren ließen.

Bei dieser äußerst weiten Verzettelung der heimischen Arbeitskräfte ist es verständlich, daß der Friedensschluß besondere Schwierigkeiten auf dem Danziger Arbeitsmarkt hervorrief. Infolge der übereilten Demobilmachung wurden in den Rüstungsbetrieben Massenentlassungen vorgenommen, die aus dem Felde Zurückkehrenden standen der Industrie zur Verfügung, die aus Danzig Abgewanderten verloren ihre Beschäftigung und kehrten nach Danzig wieder zurück, während die eingewanderten fremden Arbeitskräfte in der Stadt blieben.

Erwähnenswert ist, daß Ende 1918 der städtische Arbeitsnachweis umgestaltet wurde und daß man das Arbeitsamt der Stadt Danzig am 25. November 1918 eröffnete.

[1]) Aus dem unveröffentlichten Materal des ehemaligen Arbeitsnachweises der Stadt Danzig.

3. Abschnitt.

Der Danziger Arbeitsmarkt bis zur Konstituierung des Freistaates.

Der unerwartete Ausgang des Krieges brachte eine vollständige Umwälzung mit sich. Die Betriebe, die für das Heer gearbeitet hatten, wurden stillgelegt oder bestmöglichst umgestellt. Das Hilfsdienstgesetz hatte während des Krieges mit dazu beigetragen, den Mangel an Arbeitskräften zu beheben; durch das plötzliche Zurückfluten des Heeres war die Nachfrage nach freien Stellen so ungeheuer gestiegen, daß es nötig wurde, durch Verordnungen die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten zu regeln. (Verordnungen vom 4. und 24. Januar und 28. März 1919).

Die Arbeitsmarktlage kurz nach dem Waffenstillstand zeigt eigentlich für Danzig nichts besonderes den deutschen Großstädten gegenüber. Die Schwierigkeiten, alle diejenigen unterzubringen, die aus dem Felde kamen oder in Kriegsbetrieben Arbeit geleistet hatten, waren die gleichen. Die Blockade, die nach Abschluß des Waffenstillstandes noch aufrechterhalten wurde, verhinderte die Aufnahme alter Handelsbeziehungen. Doch gab es schon in dieser Zeit Optimisten, die für Danzig eine Zukunft voraussagten, da das weite polnische Hinterland gute Aussichten für den Absatz heimischer Erzeugnisse zu bieten schien.

In Danzig wie im Reich war die Zeit der Umstellung weiter nichts als ein mühsames Vegetieren, das noch durch zahlreiche Arbeitskämpfe erschwert wurde. Die Erwerbslosigkeit war das Problem der Großstädte und der Industriezentren geworden, in ihnen wuchsen die Zahlen der Erwerbslosen langsam und stetig. Deutschland, Oesterreich England und Polen hatten am meisten zu leiden. In Deutschland waren Sachsen, Hamburg und Lübeck in dieser Periode am schwersten betroffen. Die ersten Wochen des Waffenstillstandes zeigten in Danzig eine Zunahme von

100—300 % gegenüber den Vormonaten [1]). Durch die plötzliche Abrüstung und Umstellung auf Friedensarbeit waren Umwälzungen geschaffen worden, an die sich das Wirtschaftsleben nicht sobald anpassen konnte. Dazu kam noch der Mangel an Rohstoffen, die Verkehrsnot, die steigende Stockung in der Versorgung mit Kohle, die Unklarheit der politischen Lage und die plötzlichen Lohnsteigerungen. Ende 1918 waren beim Magistrat der Stadt Danzig 2153 männliche und 410 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Diese Zahl stieg schon Anfang Februar nächsten Jahres um fast 181 % auf 4900 männliche und 1142 weibliche Erwerbslose [1]).

4. Abschnitt.

Der Danziger Arbeitsmarkt während der Inflation.

Am 6. Dezember 1920 übernahm der Senat die Verwaltung der freien Stadt Danzig, und der alte Magistrat wurde aufgelöst. Zu gleicher Zeit trat der vom Völkerbund gewählte Oberkommissar sein Amt an.

Mit zunehmender Markverschlechterung verbesserte sich die Arbeitsmarktlage stetig, und die Beschäftigungsmöglichkeiten stiegen derart, daß selbst das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, durch die Entwertung der Mark und durch den Zuzug fremder Kräfte von außerhalb verstärkte Arbeiter- und Angestelltenheer nach und nach voll beschäftigt werden konnte. Die weiter oben schon erwähnte Einwanderung fremder Arbeitskräfte nach Danzig hielt auch noch während der Inflation, wenn auch in beschränkterem Maße, an. Während in den Jahren 1914—1919 der Wanderungsgewinn 16 235 Arbeiter aller Berufsgruppen betragen hatte, erhöhte er sich im Laufe der Jahre 1920—1923 um 1173 auf 17 408 [2]).

[1]) Auszüge aus den Monatsberichten des Danziger Arbeitsamtes.
[2]) Danziger Statistische Mitteilungen Nr. 3, 1926.

Nach der Abtrennung Danzigs von Deutschland eröffneten zahlreiche ausländische Firmen Niederlassungen, und neue Fabriken wurden gegründet in der Hoffnung, mit Rußland, den Randstaaten und Polen in engere Beziehung treten zu können. Es handelte sich im wesentlichen um deutsche und polnische Firmen, dann um einige nordische und westeuropäische Unternehmungen. Diejenigen, die schon vor der Abtretung in Danzig tätig waren, hofften durch die Nichtbeteiligung an den deutschen Reparationslasten der Industrie des ehemaligen Mutterlandes gegenüber im Vorteil zu sein. Man vergaß aber, daß die Einnahmen der Stadt Danzig der Vorkriegszeit an Steuern zur Deckung ihres Bedarfs hinter dem Durchschnitt des Reiches zurückstanden, und daß der Mehraufwand immer durch die in steuerlicher Beziehung wesentlich leistungsfähigeren westdeutschen Industriebezirke gedeckt worden war.

Der durch den Zuzug ausländischer Firmen noch begünstigte internationale Verkehr veranlaßte eine ständige Neueröffnung von Cafés, Bars und Dielen, die von Ausländern gern besucht wurden. Diese Expansion der Vergnügungsstätten brachte naturgemäß eine günstige Beschäftigungsmöglichkeit für die Angehörigen des Gast- und Schankgewerbes. Infolge des notwendigen Zuzuges ausländischer Kräfte während der Saison stieg die Zahl der männlichen Berufsangehörigen 1922 um 15% gegen das Vorjahr [1]).

Mehrere Neugründungen der Genußmittelbranche, wie Kakes-, Zigaretten-, Margarine- und Nudelfabriken brachten dem stark gewachsenen weiblichen Arbeitsmarkt ein reiches Betätigungsfeld. Die Entwicklung der Wäscheindustrie ermöglichte mit staatlicher Unterstützung eine erfolgreiche Ausbildung weiblicher Arbeitskräfte. Wenn auch in den Jahren 1921—1923 die Zahl der beim Arbeitsamt der Stadt Danzig gemeldeten gewerblichen Arbeiterinnen immer um

[1]) Nach Angaben des Facharbeitsnachweises.

300 Personen[1]) schwankt, so zeigt doch die Statistik der unterstützten weiblichen Kräfte, daß es sich nur um eine vorübergehende, täglich wechselnde Erscheinung handelte, und daß die Zahl der dem Staate zur Last fallenden praktisch Null war. Während am 1. Februar 1920 noch 1682 Frauen unterstützt wurden, sank ihre Zahl am 1. August 1920 auf 553, am 1. August 1921 auf 53, am 1. August 1922 auf 3; sie überstieg dann bis zum März 1925 die Zahl 30 nicht mehr[2]). Die anhaltende gute Beschäftigungsmöglichkeit kam in der Hauptsache den gewerblichen Arbeiterinnen zugute, während die Arbeitslosigkeit der weiblichen kaufmännischen und Büroangestellten im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit der männlichen Erwerbstätigen im selben Beruf fast immer konstant blieb. Eine Verminderung im Jahre 1922 war durch die Vermittlung an Kleinbetriebe möglich geworden, im Jahre 1923 durch wesentliche Einstellungen der Genußmittelindustrie. Weniger vorteilhaft wirkte sich die gebesserte Wirtschaftslage für die ungelernten Arbeiter aus, deren Beschäftigungsmöglichkeit sich gegen das Vorjahr kaum veränderte. Sie wurden von den Streiks auf der Danziger Werft und bei der Firma F. Schichau am schwersten getroffen. Ein Teil im Alter von 18—22 Jahren konnte 1921 in das rheinisch-westfälische Kohlengebiet gesandt werden, andere zwischen 17 und 20 Jahren fanden in Lyck (Ostpreußen) vorübergehende Beschäftigung. Man trug sich mit dem Plane, die Erwerbsbeschränkten in besonderen Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen, und unter der Aufsicht eines Fachausschusses für Erwerbsbeschränkte sollten im kommenden Jahre Werkstätten eingerichtet werden. Diese Pläne wurden aber nicht verwirklicht, da die Zahl der ungelernten Arbeiter bei einem Bestande von 1303 im März 1922 im April um 22,9%, im Mai um 76,9%, im Juni um 56,1% bis auf 109 im Juli zurückging.

[1]) Aus den Akten des Arbeitsamtes der Stadt Danzig.

[2]) Vgl. Anhang Tabelle II.

Die durch den Marksturz begünstigte glänzende Konjunktur brachte zahlreiche Auslandsaufträge herein, und selbst der zeitweise fühlbar gewordene Mangel an Rohstoffen und Kohlen hielt sich in tragbaren Grenzen. Während anfangs die zwischen Danzig und Polen bestehende Zollgrenze der Anbahnung neuer und alter Beziehungen hinderlich gewesen war und den Zuzug auswärtiger Firmen lähmte, wirkte die in Aussicht gestellte Beseitigung der Zollgrenzen belebend auf die Gründertätigkeit. Besonders Banken, Schiffahrtsgesellschaften und Transportunternehmungen waren an den Neugründungen beteiligt.

Das Jahr 1918 hatte mit einem Bestande von 1615 eingetragenen Firmen abgeschlossen.

Er wuchs im Jahre:

	1919	1920	1921	1922	1923[1])
um:	562	591	406	727	631
auf:	2177	2768	3174	3901	4532

Sehr viele der neuen Firmen hatten keine anderen Grundlagen als die Vorteile, die ihnen die Inflation bieten konnte; sie versäumten häufig den Betrieb zu festigen, um bei veränderter Konjunktur lebensfähig zu sein. Die Steigerung der Arbeitsmöglichkeiten fand ihre Bestätigung in der sinkenden Zahl der Arbeitslosen. Während beim Arbeitsamt der Stadt Danzig die Zahl der Arbeitsuchenden von 5465 (Jan. 1921) auf 4446 (Jan. 1922) und auf 1196 (Jan. 1923) fiel[2]), verminderte sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 1120 (Jan. 1921) auf 1110 (Jan. 1922) und auf 7 (Jan. 1923)[3]). Dieser günstige Stand hielt bis zur Einführung der Guldenwährung im Oktober 1923 ziemlich konstant an.

Am 1. April 1922 fiel die Zollgrenze zwischen Danzig und Polen. Auf Beschluß des Völkerbundes wurde die Danziger Gewehrfabrik geschlossen, und die Beschäftigten entlassen. Durch diese Maßnahme fielen 800 Arbeitskräfte,

[1]) Auszüge aus den Akten des Amtsgerichtes.
[2]) Vgl. Anhang Tabelle I.
[3]) Vgl. Anhang Tabelle II.

die erst nach Monaten Beschäftigung finden konnten, dem Staate zur Fürsorge[1]) anheim. Neben dieser Belastung des Arbeitsmarktes waren besonders das Baugewerbe und die Industrie durch Wirtschaftskämpfe geschädigt. Durch den Friedensvertrag von Versailles waren Teile des ehemaligen Eigentums des Deutschen Reiches und des preußischen Staates der Freien Stadt zugesprochen und vom Senat den jungen Industrieunternehmungen zur Verfügung gestellt worden. In der ehemaligen Gewehrfabrik, in der in Friedenszeit 800 Arbeiter Beschäftigung gefunden hatten, wurden 22 Betriebe eingerichtet, in denen insgesamt 1670 Arbeitskräfte tätig waren.[2]) Bei den Neugründungen handelte es sich um Unternehmungen, die für den täglichen Bedarf arbeiteten (Konserven-, Strumpf-, Schuh-, Möbel-, Schokoladen-, Zigaretten-, Kerzen- und Maschinenfabriken; Textilindustrie, Verpackungsindustrie, Lackier- und Waschanstalt, etc.) Von diesen waren die Fabriken der Zigarettenbranche, die Rechen- und Schreibmaschinenfabrik von Gütschow & Co. und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Zweigniederlassungen deutscher Firmen. Die ehemalige Artilleriewerkstatt nahm 8 Betriebe mit 500 Werktätigen auf, und die ehemaligen Kasernen in der Stadt und in den Vororten Langfuhr und Neufahrwasser wurden 126 Betrieben mit 1800 Arbeitern und Angestellten zugewiesen.[2])

Der Friedensvertrag von Versailles stellte ferner die ehemalige kaiserliche Schiffswerft in Danzig und die frühere Eisenbahnhauptwerkstätte auf dem Troyl dem Völkerbund zur Verfügung, Auf Beschluß der allierten Mächte wurden die beiden Betriebe durch Gesellschaftsvertrag vom 8. November 1922 und durch Danziger Staatsgesetz vom 29. Dezember 1922 in die jetzige Aktiengesellschaft: The International Shipbuilding and Engeneering Co. Ltd. mit einem Aktienkapital von 10000 Lst. umgewandelt.[3]) Schon 1921 war

[1]) Nach Angabe des Facharbeitsnachweises.
[2]) Nach Angaben eines Merkblattes des Arbeitsamtes der Stadt Danzig 1922.
[3]) Auszüge aus dem Firmenregister des Amtsgerichts.

der Betrieb durch großzügige Umstellungen leistungsfähiger gemacht worden.

An diesem Unternehmen waren[1])

England (bezw. englische Konsortien unter Staatsaufsicht) mit 3000 Pfund.

Frankreich (bezw. französische Konsortien unter Staatsaufsicht) mit 3000 Pfund

Polen (bezw. polnische Konsortien unter Staatsaufsicht) mit 2000 Pfund

Danzig (die Staatsregierung für den Freistaat . mit 2000 Pfund

als Aktionäre beteiligt[1]).

Entsprechend der erhöhten Tätigkeit der Industrie blühte der Handel, und Danzig wurde ein wesentlicher Umsatzplatz für Holz Zucker, Mehl, Saaten und Textilien.

Im Gegensatz dazu brachte das Jahr 1923 infolge der Besetzung des Ruhrgebietes eine anhaltende Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten Die Wirkungen der Ruhrbesetzung machten sich auch in Polen fühlbar, denn bei jedem neuen Sturz der deutschen Mark erlitt auch die polnische Währung, wenn auch nicht in dem gleichen Maße eine Wertverminderung. Der mit dem rapiden Verfall der Mark verbundene Wettkampf zwischen Preisen und Löhnen bewirkte, daß die Leistungsfähigkeit erheblich zurückging und die Ausfuhr abnahm, ein Beweis, daß der Einfluß der Inflation als Ausfuhrprämie nach und nach aufhörte zu wirken. Auf der einen Seite krankten die Hochvalutaländer an Arbeitslosigkeit, unzureichendem Export, hohen Preisen und überschüssigen Rohstoffen, auf der anderen Seite waren Niedervalutaländer mit ihrem Rohstoffmangel wegen Geldnot kaufunfähig. In Deutschland verschlechterte sich die Lage des Arbeitsmarktes derart, daß in vielen Betrieben nur noch zwei bis drei Tage pro Woche gearbeitet wurde. Die wachsende Krise wirkte sich naturgemäß bei der jungen Danziger Industrie, die keine großen Erschütterungen ver-

[1]) Auszüge aus dem Firmenregister des Amtsgerichts.

tragen konnte, noch heftiger aus. Wie sehr manche Betriebe von der Inflation abhängig waren, geht aus folgendem hervor: Als im Januar 1923 durch die Stützungsaktion der Reichsbank die Mark im Verhältnis zum Dollarkurs stabil blieb, schlossen zwei Unternehmungen, und mehrere andere waren gezwungen, Betriebseinschränkungen vorzunehmen. Trotz sinkender Arbeitsgelegenheiten wurden oft Aufträge nach auswärts vergeben, da die Herstellungsbedingungen im Freistaate nicht mit den Angeboten der ausländischen Konkurrenz Schritt halten konnten. Die Löhne in Danzig überflügelten die des Reiches, und die Lebenshaltungskosten der Stadt waren weit höher als die der deutschen Großstädte. Trotzdem man nach den Erfahrungen, die Deutschland gemacht hatte, bis zu den Selbstkostenpreisen heruntergiing, um Aufträge hereinzubekommen und um den Arbeitern und Angestellten wenigstens ihren Lebensunterhalt zu sichern, war es nicht möglich, die Konkurrenz des Auslandes zu unterbieten, oder wenigstens ihr gleichzukommen. Die Betätigung der Werften ging über Reparaturen an Schiffen des valutastarken Auslandes, die den hiesigen Hafen anliefen, nicht hinaus. Der im Sommer 1923 ausgebrochene Generalstreik brachte die Entlohnung in fester Währung und damit eine rapide Steigerung der Gestehungskosten. Mit dem Tempo des Währungsverfalles überstürzten sich die wirtschaftlichen Ereignisse derart, daß eine Berücksichtigung von Einzelheiten ausgeschlossen ist. Charakteristisch für die Situation auf dem Arbeitsmarkt waren die zahllosen Streiks in allen Teilen des Wirtschaftslebens, die sich ohne Unterbrechung aneinanderreihten und für die Bevölkerung eine mehr oder minder schwere Belastung bedeuteten. (Bäcker-, Spielklubangestelle). Im Juni 1923 betrug die Zahl der beim Städtischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitsuchenden 770, sie stieg im August auf 1450, im September auf 2682 und erreichte am Jahresende 2487 [1]). Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in

[1]) Vgl. Anhang Tabelle I.

der Stadt Danzig stieg von 18 (im Juni) 32 (im September) 342 (im Oktober) auf 770 (im Dezember) [1]).

Die Beschäftigungsmöglichkeit für gewerbliche Arbeiterinnen besserte sich gegen Ende des Jahres 1923, da die Genußmittelindustrie infolge des Weihnachtsgeschäftes durch ihre starke Nachfrage diesen Zweig des Arbeitsmarktes wesentlich entlastete. Die Zahl der weiblichen unterstützten Erwerbslosen schwankte in der Zeit vom Januar 1923 bis Januar 1925 zwischen 0 und 29.

Nach beendeter Inflation ist es leicht, einen Ueberblick zu gewinnen über das, was von dem Gründeroptimismus und der angespanntesten Arbeitstätigkeit auf allen Gebieten, wie sie zahlenmäßig im Vorangegangenen dargestellt ist, übrig geblieben ist. Nach Beendigung des Weltkrieges wurde Danzig vom Reiche getrennt, selbständig und durch seine günstige geographische Lage der natürliche Hafen Polens. Die Abtrennung brachte aber den sehr empfindlichen Nachteil, daß das Hereinströmen öffentlicher Gelder, auf das Danzig in Friedenszeiten angewiesen war, aufhörte. Die Inflation hatte den tatsächlichen Zustand der Wirtschaft verhüllt, den Zusammenbruch für einige Jahre hinausgeschoben und ein künstliches Gedeihen ohne Arbeitslosigkeit mit sich gebracht.

Der Währungsverfall wirkt wie eine Ausfuhrprämie und hemmt den Import. Wenn die heimische Währung weniger wert ist als in normalen Zeiten, wird der Arbeitsmarkt immer aufnahmefähiger, da die Industrie infolge billiger Rohstoffe, solange sie aus dem Inlande kommen, und niedriger Löhne vorteilhafter arbeitet. Die Beschaffung ausländischen Materials zeigt aber mit erschreckender Wirklichkeit, daß die Gewinne in Wirklichkeit Scheingewinne sind, d. h. sie liegen im allgemeinen dann vor, wenn die bilanzmäßig errechneten Gewinne nicht ausreichen, um die ursprüngliche Versorgung eines Betriebes mit dem erforderlichen Sachkapital sicherzustellen. Diese Scheingewinne haben zur

[1]) Vgl. Anhang Tabelle II.

falschen Kalkulation der Selbstkosten geführt, falsche Kalkulationen aber haben die gänzliche Verarmung noch beschleunigt. Denn Unternehmungen, die sich mit Scheingewinnen begnügen, zehren vom Kapital, vermindern ihre Substanz und bewirken dadurch einen Rückgang der Produktionsmöglichkeit und direkt eine Verschlimmerung des Arbeitsmarktes.

Geht man zur Goldrechnung über, so gestalten sich die Absatzbedingungen viel schlechter, der Betrieb ist aber immer noch aufrechtzuerhalten, doch bringt die erste Kapitalknappheit untrügliche Zeichen des Ausverkaufs. Die in Papier gezahlten Löhne vermindern täglich die Kaufkraft; der Kapitalmangel muß durch ausländische Kredite befriedigt werden, sie können aber nur in beschränktem Maße helfen, da jetzt die Preise infolge der zu teuren Betriebsmittel ständig steigen. Die Löhne werden in Gold gezahlt, wie es in Danzig im Sommer 1923 der Fall war, die Preise steigen rasend und ziehen Absatzmangel, Kreditmangel und Arbeitslosigkeit nach sich. Der Währungsverfall hat die Volksgesundheit untergraben, durch seinen Einfluß auf die Lebenshaltung der unteren Schichten die Leistungsfähigkeit fast der ganzen Bevölkerung herabgedrückt und durch den gänzlichen Ausverkauf der Volkswirtschaft für den Arbeitsmarkt eine Zeit der Depression heraufgebracht, die sicherlich die Periode der Scheinblüte an Dauer weit übertreffen wird.

Die Ursache für die weitaus schlechtere Lage des Arbeitsmarktes in Danzig als in Deutschland mag in den durch die Abtrennung hervorgebrachten Nachteilen gesucht werden. Sie liegt aber (und dieses trifft auch noch für das Jahr 1926 zu) nicht zum wenigsten in der Art der Lohngestaltung, der jede wesentliche Differenzierung fehlt: darin, daß jugendliche Kräfte zuviel und verheiratete Arbeiter zu wenig verdient haben, daß die Differenz zwischen den Löhnen für gelernte und ungelernte Arbeiter zu minimal war und für den Nachwuchs Schäden brachte, die in der Gegenwart

drohend in Erscheinung treten. Auf diesen Punkt soll an anderer Stelle nochmals hingewiesen werden.[1])

5. Abschnitt.

Der Danziger Arbeitsmarkt seit der Stabilisierung der Währung.

Am 20. Oktober 1923 wurde fast gleichzeitig mit der Festigung der deutschen Mark in Danzig der Zwischengulden von der Danziger Zentralkasse A. G. ausgegeben, dem im April 1924 die Inumlaufsetzung des Zlotys in Polen folgte. Mit der Geschäftseröffnung der Bank von Danzig am 17. März 1924 wurde der Gulden in Umlauf gebracht.

Die Folgen der Währungsstabilisierung machten sich durch sinkende Konkurrenzfähigkeit bemerkbar; die Vorteile der Ausschaltung des deutschen Dumpings zeigten sich zuerst in England, wo die Zahl der Erwerbslosen im Januar 1924 um 50000 zurückging. Die Währungsfestigung brachte entsprechend für Danzig infolge erhöhter Konkurrenzunfähigkeit in allen Zweigen der Wirtschaft eine Einschränkung des Angestellten- und Arbeiterbestandes, die im Verein mit den Entlassungen aus den liquidierten Inflationsunternehmungen der Industrie- und besonders der Bankbranche den Arbeitsmarkt wesentlich ungünstiger gestalteten. Zahlreiche andere Betriebe waren zu Entlassungen gezwungen, um sich einigermaßen behaupten zu können. Ganz besonders beim Holzgewerbe machte sich diese Veränderung bemerkbar; daher blieb ein großer Teil der Facharbeiter Monate hindurch erwerbslos. Die Krisenursache für die Zeit der Nachinflation geht auf den Herbst 1918 zurück. Die Wirtschaft, die fast viereinhalb Jahre hindurch nur für die Bedürfnisse des Heeres gearbeitet hatte, sollte eine eilige Umstellung von Kriegs- auf Friedensverhältnisse vornehmen. Und diese Wirtschaft, die infolge einer viereinhalbjährigen Blockade

[1]) Vgl. S. 86 und 87.

alle Auslandsbeziehungen verloren hatte und jetzt krampfhafte Versuche machte, den Anschluß an den Weltmarkt wieder zu gewinnen, sollte plötzlich die heimkehrenden Angehörigen der Armee aufnehmen. Die Inflation hatte bis Anfang 1923 über manche Schwierigkeit hinweggeholfen; das durch die Ruhrbesetzung endgültig besiegelte Schicksal der deutschen Mark machte jede Kalkulation unmöglich.

Die Einführung der Guldenwährung brachte dem Wirtschaftsleben eine gewisse Beruhigung, aber noch keine Stabilität, da die großen Nachbarländer Deutschland und Polen noch unter dem Währungsverfall litten. Die Erinnerung an die trostlosen Zeiten der Inflation ließ ein durch die Erfahrung der letzten Jahre vielleicht berechtigtes Mißtrauen gegen das neue Zahlungsmittel entstehen, das sich dadurch äußerte, daß die Währungskonten auf den Banken beibehalten wurden, und eine Erhöhung der Einlagen in Danziger Gulden nur langsam vor sich ging. Das erste Jahr der Stabilisierung zeigte, wie arm Danzig durch den Währungsverfall geworden war. Der Mangel an Betriebskapital bedeutete ein untrügliches Zeichen dafür, daß im Laufe der Inflation Kapital zugesetzt worden war. Um Geld für Steuern und Löhne flüssig zu machen, mußten Warenbestände gewaltsam zu geringen, manchmal zu Verlustpreisen veräußert werden, ohne aber eine Belebung erzielen zu können. Charakteristisch für das erste Jahr der festen Währung ist aber, daß es noch keine ernstlichen Störungen aufzuweisen hatte, wie man eigentlich hätte annehmen müssen. Eine ähnliche Erscheinung konnte man in Oesterreich und Deutschland beobachten.

Während beim Arbeitsamt der Stadt Danzig im November 1923 2260 Arbeitslose gemeldet waren, stieg ihre Zahl im Januur 1924 auf 3220 und im März 1924 auf 3954; dann fiel sie bis zum Juni 1924 langsam auf 1710 [1]). Die Ergebnisse der nachfolgenden Monate schwanken alle mit Ausnahme des Dezember (2742) um 2000. Die Zahl

[1]) Vgl. Anhang Tabelle I.

der unterstützten Erwerbslosen der Stadt Danzig weist eine ähnliche Entwicklung auf. Sie stieg von 770 Hauptunterstützungsempfängern im Dezember 1923 auf 970 im Januar 1924 und 1791 im März 1924, fiel in der Mitte des Sommers auf 298, und umfaßte am Ende des Jahres 516 unterstützte Personen [1]). Der Arbeitsmarkt für Frauen gestaltete sich im Verhältnis zu der Zahl der Erwerbstätigen beiderlei Geschlechts wesentlich günstiger. Bei der Volks- und Berufszählung im November 1923 waren von 103 017 Erwerbstätigen in der Stadt Danzig 34238 Frauen oder 33,2 %. Der Anteil der erwerbslosen und unterstützten Frauen an der Gesamtsumme ist bis in die Gegenwart hinein fast immer wesentlich niedriger gewesen. Nachfolgende Tabelle zeigt das zahlenmäßige Verhältnis bei den Hauptunterstützungsempfängern und bei den Arbeitsuchenden, soweit sie dem Arbeitsamt gemeldet waren [2]).

Datum	Anteil d. unterstützten Frauen an der Gesamtsumme der Erwerbslosen.	Anteil d. arbeitsuchenden Frauen an der Gesamtsumme der Arbeitsuchenden.
5. 1921	4,1 %	10,5 %
12.	11,2 %	15,9 %
3. 1922	9,7 %	16,2 %
5.	27,3 %	28,3 %
12.	18,1 %	33,7 %
3. 1923	—	24,4 %
5.	16,7 %	34,7 %
7.	10,5 %	40,1 %
12.	3,5 %	13,6 %
3. 1924	1,2 %	5,1 %
5.	0,2 %	15,7 %
7.	1,0 %	13,3 %
12.	0,2 %	13,7 %
3. 1925	0,8 %	9,8 %
5.	3,6 %	13,2 %
7.	4,2 %	13,6 %
12.	6,5 %	13,7 %
3. 1926	11,3 %	15,4 %
5.	15,1 %	18,5 %
7.	16,7 %	21,3 %

[1]) Vgl. Anhang Tabelle II.

[2]) Berechnung nach den Auszügen aus den Akten des Arbeitsamtes und der Erwerbslosenfürsorgestelle der Stadt Danzig.

Der im September 1924 angefangene Bau des Kraftwerkes Bölkau brachte für den Arbeitsmarkt der Stadt Danzig nicht die Entlastung, die man erwartet hatte, denn die mangelnden Unterbringungsmöglichkeiten am Orte machten in der Hauptsache eine Beschäftigung der in der Umgegend der Baustelle wohnenden Arbeiter des Landkreises Danziger Höhe notwendig.

Das Jahr 1925 stand im wesentlichen unter dem Einfluß von drei für das Danziger Wirtschaftsleben sehr folgenschweren Faktoren: einmal die Entwertung des Zloty und die andauernde wirtschaftliche Depression in Polen, zum anderen der Wirtschaftskampf zwischen Deutschland und Polen, der die normalen Handelzbeziehungen zwischen Deutschland und Danzig unterband, und endlich alle jene Bemühungen und Maßnahmen, die unternommen wurden, um die polnische Währung zu stützen. Durch die Entwertung des Zloty wurde die Kaufkraft des Inlandes erschüttert, und diese verminderte Aufnahmefähigkeit kam einerseits in der gesunkenen Einfuhr, andererseits in dem Sinken der Produktion der Danziger Betriebe und der damit verbundenen Entlassung von Arbeitern und Angestellten zur Geltung. In den ersten Jahren der Abtrennung vom Mutterlande hatte man in fast allen Kreisen Danzigs die Ansicht vertreten, daß der Freistaat in Zukunft seinen Rückhalt an Deutschland finden müsse. Im Laufe der Zeit wandelte sich diese Meinung, und der andersgeartete Standpunkt wurde beim Wechsel der Regierung im Sommer 1925 klar zum Ausdruck gebracht. Die Entwicklung der Ereignisse gab aber allen denjenigen unrecht, die sich mit diesem Standpunkte vertraut gemacht hatten; denn der erneute Zusammenbruch der polnischen Währung im letzten Drittel des Jahres 1925 ließ die Sorgen der Inflation, wenn auch nicht in den erlebten Ausmaßen, neu entstehen. Das Währungselend zerstörte endgültig jene Hoffnungen auf das Aufblühen der Industrie, die in den Gründungsjahren des Freistaates in sehr kurzer Zeit aufgebaut worden war, und die das weite Hinterland

erobern sollte. Der Handel mit Polen geriet ins Stocken, da die beträchtlichen Forderungen, die Danziger Häuser bei polnischen Firmen gut hatten, nur durch Verluste einziehbar waren.

Der Zollkrieg mit Deutschland, der im Juni 1925 begann, legte die Einfuhr lahm. Durch den Friedensvertrag von Versailles hatte Polen das Recht erhalten, jährlich 500000 t Kohle nach Deutschland zollfrei einzuführen. Für das durch den Wirtschaftskrieg verschlossene deutsche Absatzgebiet galt es einen entsprechenden Ersatz zu finden. Durch den Streik der englischen Grubenarbeiter begünstigt, gelang es Polen in den nordischen Ländern Fuß zu fassen, und der gesteigerte seewärtige Verkehr kam dem Danziger Hafen zugute, während der polnische Hafen Gdingen infolge seiner noch in den Anfängen steckenden Ausrüstung mit Verladungsgelegenheiten nur Bruchteile des Danziger Umsatzes vermitteln konnte. Die steigende Inanspruchnahme des Hafens trug aber zur Erleichterung des Danziger Arbeitsmarktes nichts bei, da in der Hauptsache Kohle, Getreide und Holz umgeschlagen wurde, während der Export der meisten anderen Warengruppen erheblich hinter den Friedenszahlen zurückstand. 1925 trat auch im Danziger Holzhandel eine Stockung ein, 22 Holzfirmen mußten ihren Betrieb einstellen, da die Löhne rund um ein Drittel höher waren als in Deutschland.[1])

Die polnische Handelsbilanz war Monate hindurch passiv gewesen. Die rigorosen Maßnahmen, die zu ihrer Aktivgestaltung angewandt wurden, haben nicht nur die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlimmert, sondern auch ein berechtigtes Mißtrauen bei den für eine Auslandsanleihe in Frage kommenden Staaten hervorgerufen; Polen war 1924 infolge der stetig steigenden Produktionskosten das teuerste Land Europas geworden.

Am 25. August 1925 erhöhte die polnische Regierung

[1]) Zahlenmaterial aus der Danziger Wirtschaftszeitung vom 30. April 1926 S. 276.

das Auslandsvisum auf 750 Zl., um durch die Erschwerung der Reisetätigkeit den Abfluß von Kapital ins Ausland zu verringern; am 26. August 1925 wurden sämtliche Zahlungsverbindlichkeiten gegen das Ausland einfach gesperrt; diese Zahlungssperre bewirkte in Danzig eine verständliche Kopflosigkeit. Wenn die Geschäftswelt auch ohne Verletzung des Kapitalfluchtgesetzes durch Ausgleich von Zahlungsforderungen diese Verordnung zu umgehen suchte, so zeigt doch die zunehmende Zahl der Konkurse der Danziger Firmen, die eben nicht die günstigen Beziehungen hatten, das Ausbleiben größerer Zahlungsmittelposten und dadurch die Unmöglichkeit der Erfüllung von Wechselverbindlichkeiten im Staate und Deutschland gegenüber. Man kann hier keinesfalls von einer Reinigung der Wirtschaft reden, wie man von den Inflationsunternehmungen zu sprechen pflegte. Hier handelt es sich um eine ganz neue Krise.

Gegen Ende August 1925 wurde von Polen für bestimmte Warengattungen der Verkehr mit einzelnen Ländern kontingentiert, die Zölle wurden wesentlich erhöht, die Einfuhr von Luxuswaren gänzlich verboten.[1]) Die Beschränkungen im Devisenverkehr, die starken Zollerhöhungen, die Sperrung der fälligen Auslandszahlungen und die Einfuhrkontingentierung zwangen Polens Absatz- und Nachbarländer zu einschneidenden Verordnungen. Jeder Versuch der privaten polnischen Unternehmen, vom Auslande Kapital hereinzubekommen, mußte scheitern. Alle diese Kampfmaßnahmen zeitigten für Danzig, als einem Gebiet mit fester Währung in einem Staate mit sinkendem Geldwert, noch schwerwiegendere Folgen. Trotzdem durch den Zollkrieg die deutsche Konkurrenz ausgeschlossen war, erfuhr der Absatz nach Polen keine Belebung.

Während in den Jahren 1919–1923 3908 neugegründeten Firmen nur 991 Konkurse gegenüberstanden, änderte sich dieses Verhältnis in den Jahren 1924 und 25. 1923 endete mit einem Bestand von 4532 eingetragenen Firmen.

[1]) Nach Veröffentlichungen der Tagespresse.

1924 standen einer Neugründung von 440 Firmen 443 Konkurse gegenüber, also eine Verminderung am Ende des Jahres auf 4529. 1925 brachte einen weiteren Rückgang um 315 auf 4214.[1])

Der Arbeitsmarkt zeigte infolge der dargestellten Ereignisse die zu erwartende Verschlechterung, sodaß die Verhältnisse noch ungünstiger waren, als in den Jahren 1918 und 1919. Das Jahr 1924 schloß mit einem Bestande von 5400 Arbeitslosen im ganzen Freistaatgebiet ab[2]). Im Februar erhöhte sich ihre Zahl auf 9226, erreichte im März 9616, den höchsten Stand, und fiel dann wieder bis Mitte des Jahres auf 6710. Der Herbst 1925 brachte dann durch das erneute Sinken des Zloty eine weitere starke Belastung des Arbeitsmarktes und damit die ersten untrüglichen Anzeichen für einen katastrophalen Winter, der schon an und für sich durch den Ausfall der Beschäftigungsmöglichkeit in einzelnen Saisonbetrieben den Sommermonaten gegenüber eine Verschlechterung bringen mußte.

In Polen wurde die Arbeitsmarktlage immer trostloser, die Lotzer Textilfabriken entließen am 22. Januar 1926 ca. 2900 Arbeitskräfte[3]).

Der Danziger Arbeitsmarkt zeigte dann Anfang 1926 Rekordziffern, wie sie noch nie erreicht worden waren: im Januar 1926 20715 Arbeitsuchende, im Februar 22411, im März 18859[4]). Das sind Zahlen, in denen sich ohne Kommentar die Minderproduktion ausdrückt, und die mit eine Ursache für die hohe steuerliche Belastung sind, wie sie von außer-deutschen Staaten besonders für England typisch ist. Im Februar hatte die Stadt Danzig mit 12568 Erwerbslosen ihr Maximum. Berücksichtigt man, daß nach der letzten Berufszählung im November 1923

[1]) Auszüge aus den Akten des Amtsgerichts Abt. 10.

[2]) Vgl. Anhang Tabelle III. (Die Ziffern umfassen Zusammenstellungen der Erwerbslosenzahlen des Danziger Arbeitsamtes und der Gemeinden Oliva, Zoppot, Neuteich, Tiegenhof u. der drei Landkreise.

[3]) Aus dem Jahresbericht des Danziger Arbeitsamtes 1926.

[4]) Vgl. Anhang Tabelle III.

ca. 45000 Arbeiter und ca. 27000 Angestellte in der Stadt Danzig tätig waren, so ergibt sich aus obigen Zahlen, daß von der Arbeitslosigkeit fast 18% der Erwerbstätigen betroffen wurde.

Mit diesem hohen Prozentsatz an Erwerbslosen fällt die Stadt Danzig nicht aus dem Rahmen der deutschen Großstädte. Unter einer Zusammenstellung von 20 Städten würde sie, bei Berücksichtigung der Zahlen vom Februar 1926 an neunter Stelle stehen [1]).

Ort	Zahl der Hauptunterstützungsempfänger überhaupt	auf 10 000 E.
Stuttgart	6119	18,1
Magdeburg	7409	25,8
Halle	5040	26,2
Lübeck	3165	26,3
Königsberg	8539	31,1
Bremen	9627	33,2
München	23840	35,5
Düsseldorf	16126	37,6
Frankfurt/M.	17289	37,7
Breslau	21283	38,5
Köln	26951	38,9
Danzig	8595	40,7
Hamburg	42951	40,8
Berlin	175881	44,7
Nürnberg	17969	46,8
Kiel	10084	47,6
Essen	22808	48,9
Dortmund	15935	49,9
Stettin	12947	51,7
Hannover	21499	51,9

Während in einer ganzen Reihe deutscher Städte bald eine erhebliche Besserung eintrat, blieb die Krise in Danzig fast dieselbe.

Die Verschlechterung hatte aber zur Folge, daß die

[1]) Die Zahlen sind der Statistischen Beilage zum Reichsarbeitsblatt Jahrg 1926 Nr. 9 u. 10 entnommen; die Zusammenstellung aus den Danziger Statistischen Mitteilungen Nr. 3, 1926.

Arbeitsuchenden nicht mehr so wählerisch in der Annahme von Beschäftigung waren, und daß die Fälle krasser Arbeitsunwilligkeit abnahmen.

Die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage wurde noch durch Arbeitskämpfe ungünstig beeinflußt [1]):

30. 4. 25—6. 8. 25: Aussperrung in den Tischlereibetrieben und Streik im Metallgewerbe.
15. 8. 25—11. 9. 25: Streik der Klempner und Heizungsmonteure.
15. 8. 25—23. 9. 25: Streik der Elektromonteure.
2. 9. 25—1. 12. 25: Streik der Former, Modelltischler und Gießereiarbeiter der Danziger Werft und des Troylwerkes.
25. 9. 25—1. 12. 25: Steik der Dreher, Maler, Lackierer und Tischler der Danziger Werft und des Troylwerkes.
30. 9. 25—1. 12. 25: Streik aller Gießereibetriebe.
11. 2. 26—13. 2. 26: Holzfirma Bergford.
13. 4. 26—26. 4. 26: Baustelle Gehrt.
15. 4. 26—16. 4. 26: Baustelle A. W. Müller.
29. 5. 26—31. 5. 26: Danziger Holzkontor.
14. 7. 26—15. 9. 26: Gesamtes Töpfergewerbe.
15. 11. 26—21. 11. 26: Schokoladenfabriken von Lindemann Olka und Sarotti.
15. 12. 26—10. 1. 27: Metallwerke Theodor & Co.

Trotz dieser verhältnismäßig mannigfaltigen Arbeitskämpfe stand das Jahr 1925 in Bezug auf diese quantitativ hinter dem Vorjahre und noch erheblicher hinter 1923 zurück, das infolge der eminenten Markschwankungen und gegen Ende durch Einführung einer festen Währung schwere Erschütterungen zu ertragen gehabt hatte. 1923 brachen insgesamt 76 Streiks aus mit 1681 betroffenen Betrieben, in denen 50 188 Personen beschäftigt waren, das heißt 29,5% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung des Freistaates. Entsprechend dem derzeitigen Charakter der Wirtschaftslage

[1]) Nach Zusammenstellung des Danziger Arbeitsamtes.

handelte es sich bei 79,4 % dieser Arbeitskämpfe um Lohnfragen. Das Jahr 1924 zeigte schon mit 22 Streiks und 1925 mit 14 eine allmähliche Beruhigung. 1924 waren 13 von 22 und 1925 6 von 14 Arbeitseinstellungen erfolgreich [1]).

Beim Vergleich der Lage des Arbeitsmarktes im Freistaat mit der der preußischen Provinzen im Mai 1926 zeigt sich, daß der Freistaat mit 43,5 Erwerbslosen auf 1000 Einwohner den preußischen Provinzen, die durchschnittlich 32,6 Erwerbslose auf 1000 Einwohner aufweisen, ungünstiger gegenübersteht [2]). Die Ursache ist eben in den politischen und geographischen Verhältnissen aber auch in der Größe des Landes zu suchen, da die preußischen Provinzen infolge ihrer Ausdehnung und der Häufigkeit größerer Städte öfters Gelegenheit haben, einen Arbeitslosenaustausch zu vermitteln. In Danzig dagegen leben von den ca. 175000 Erwerbstätigen des Freistaates ca. 100000 in der Stadt Danzig, die mit ihren Angehörigen zusammen rund 55 % oder 203 000 von 366 000 im Staate, der gesamten Bevölkerung ausmachen. Das Verhältnis zu den preußischen Provinzen veranschaulicht nachfolgende Tabelle [3]):

Provinz bezw. Staat	Zahl der Hauptunterstützungsempfänger überhaupt	auf je 10000 Einwohner
Ostpreußen	45 326	19,9
Grenzmark	5 845	17,3
Berlin	175 881	44,7
Brandenburg	69 224	26,5
Pommern	49 821	26,0
Oberschlesien	38 411	28,0
Niederschlesien	93 931	29,7
Sachsen	93 045	28,3
Schleswig-Holstein	48 006	31,3
Hannover	82 920	25,8
Westfalen	188 164	39,0
Hessen-Nassau	81 770	34,0
Rheinprovinz	273 902	37,5
Preußen insgesamt:	1246 246	32,6
Freie Stadt Danzig:	16 685	43,5

[1]) Aus dem Danziger Staatshandbuch Kap.: Statistik.
[2]) Danziger Statistische Mitteilungen Nr. 8, 1926
[3]) Aus den Danziger Statistischen Mitteilungen Nr. 8, 1926.

Ein geringer Teil des zahlenmäßigen Unterschiedes ist auch darauf zurückzuführen, daß die Erwerbslosenunterstützung in Danzig unbeschränkt gezahlt wird, während in Deutschland mit einigen Ausnahmen die Unterstützungsempfänger nach Ablauf eines halben Jahres der Wohlfahrtspflege überwiesen werden. Danzig hatte bis Mitte 1925 insofern eine gleichartige Regelung, als alle, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, dem Arbeitsamt von der Erwerbslosenfürsorgestelle auf besonderen Listen gemeldet wurden, um dann bei Anforderungen der Wirtschaft zuerst berücksichtigt zu werden. In der nachfolgenden Zeit der ständigen Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte diese Arbeit nicht mehr bewältigt werden und zeigte sich schon deshalb als überflüssig, weil die dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen für die Bevorzugten garnicht ausreichten. Manche der Unterstützten sind schon zwei bis drei Jahre hindurch ohne Unterbrechung arbeitslos. Nach den Zahlen der Erwerbslosen in Groß-Danzig im Oktober 1926 waren 1,1 % der Gemeldeten länger als zwei Jahre ohne Beschäftigung. Eine derartige Dauer der Erwerbsuntätigkeit kann wohl nur in einem so kleinen Staate wie Danzig vorkommen, da in größeren Gebietsteilen sich doch hin und wieder eine Arbeitsgelegenheit finden läßt. Eine Vermittlung nach Deutschland konnte nicht mehr in Frage kommen, da das Reich selbst überlastet war und andererseits eine Abwanderung von Facharbeitern nicht ratsam erschien.

Die erwartete Belebung des Arbeitsmarktes trat erst im März 1926 ein und hielt mit kurzer Unterbrechung die nachfolgenden 6 Monate an. Ein Unterschied gegen die vergangenen Jahre bestand insofern, als früher die Zahl der Arbeitslosen gegen August und September regelmäßig stieg, da sich die Arbeitszeit der Saisongewerbe ihrem Ende näherte. Im Jahre 1926 war die entgegengesetzte Erscheinung zu beobachten. Die günstige Witterung gestattete die Aufnahme von Notstandsarbeiten und die im Verhältnis zu den Monaten des verflossenen Jahres ganz enorm hohe

Zahl der bei diesen Arbeiten Beschäftigten trug viel zur quantitativen Abnahme bei. Während im Januar 1926 bei 6450 Hauptunterstützungsempfängern 74 (67 männliche und 7 weibliche Kräfte) oder 1,1 % an Notstandsarbeiten tätig waren, wurden im März 1926 bei einem Bestande von 8943 unterstützten Erwerbslosen 1448 (1439 männliche und 9 weibliche) oder 16,2 % an Notstandsarbeiten beschäftigt.[1]) Im April erhöhte sich dieser Prozentsatz auf 21,9 %.

Der ungünstige Einfluß der polnischen Wirtschaftsentwicklung hat gezeigt, daß Danzig und Polen zu heterogen in ihrer Struktur sind, um zolltechnisch zusammengefaßt zu werden. Es ist ein Unding, zwei Staaten zu vereinigen, von denen der eine eine feste Währung hat, und der andere unter den Schwankungen seiner Valuta leidet. Die Einflüsse der Preisverschiedenheiten treten charakteristisch bei den Notierungen der Danziger Erzeugnisse hervor, die tiefer stehen müssen, als die des Reiches, da die polnische Landwirtschaft ihre Produkte ohne Schwierigkeiten im Freistaat absetzen kann. Infolge der durch den Tiefstand der Löhne verminderten Unkosten macht sie den Einfluß der Danziger Landwirtschaft auf die Preisfestsetzung illusorisch.

Mitte Juni 1926 notierte man in Berlin und Danzig[2]):

	in Berlin:	in Danzig:	in Berlin mehr als in Danzig
Roggen	12,93	8,38	54,5 %
Weizen	17,12	12,00	42,7 %
Ochsen	65,00	35,00	85,7 %
Schweine	96,25	71,00	35,6 %

(Die Preise in der vorangegangenen Tabelle sind zum besseren Vergleich für beide Plätze in Gulden angegeben und beziehen sich auf 50 kg).

Als ein weiterer Nachteil kommt hinzu, daß die Danziger Landwirtschaft ihre Industrieerzeugnisse zum größten

[1]) Weiteres über Notstandsarbeiten s. S. 42.

[2]) Notierungen aus den Danziger Neuesten Nachrichten vom 1. September 1926.

Teil aus Deutschland beziehen muß, da Polen Qualitätswaren ähnlicher Art wie die deutschen garnicht herstellt. Die Zollerhöhung und prohibitiv wirkenden Zölle als Mittel zur Aktivgestaltung der Handelsbilanz bedeuten zwar für einen Staat rein mengenmäßig ein Plus. Sie bringen im Augenblick Geld, erhöhen aber die Gestehungskosten der Inlandswaren, und da ein Teil der Steuern letzten Endes auf die Konsumenten abgewälzt wird, müssen die Folgen der erhöhten Lebensmittel- und Textilwarenpreise neue Lohnkämpfe und Konkurrenzunfähigkeit sein, also indirekt der eigenen Wirtschaft schaden, ihre Lebensfähigkeit untergraben und dadurch Steuerquellen vernichten, die dem Staat weit wichtiger sein dürften, als die schwankenden, unbestimmten Einnahmen aus Zöllen.

Der sinkende Wert der polnischen Währung und die Verschlechterung des Arbeitsmarktes übten stärksten Einfluß auf die finanziellen Verhältnisse des Freistaates. Der Voranschlag für das Jahr 1925 sah 1 248 000. Dg. für die Erwerbslosenunterstützung vor, während tatsächlich am Ende des Jahres 6 842 285.— Dg. verausgabt worden waren. Diese Ueberschreitungen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Monate [1]):

Monat 1925	Erwerbsl.	Voranschlag.	Tatsächl. Auszahlung	Ueberschreit. über den Voranschlag
April	5303	104 000	420 420	316 420
Mai	4739	104 000	345 472	241 472
Juni	4376	104 000	292 054	188 054
Juli	4370	104 000	326 807	222 807
Aug.	4033	104 000	280 223	176 223
Sept.	4412	104 000	291 284	187 284
Okt.	5337	104 000	352 324	248 324
Nov.	7254	104 000	529 655	425 655
Dez.	11476	104 000	794 904	690 904
1926				
Jan.	14656	104 000	982 912	878 912
Febr.	15910	104 000	1 052 116	948 116
März	15480	104 000	1 174 114	1 070 114
Zus.		1 248 000	6 842 285	5 594 285 Dg.

[1]) Zahlenmaterial aus dem Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über die finanzielle Lage der Stadt Danzig.

Aus diesem Grunde wurde es für zweckmäßig erachtet, den Etat für 1926 27 wesentlich zu erhöhen und zwar um 5 732 000 auf 6 980 000; trotzdem wird mit einem Defizit von 2 bis 3 Millionen Gulden zu rechnen sein, denn die Monate, die sich augenblicklich (Anfang 1927) übersehen lassen, zeigen trotz der monatlichen Erhöhung von 104 000 (1925 26) um 477 670 auf 581 670 (1926/27) eine Ueberschreitung, die zwischen 118 000 und 254 500 Gulden schwankt. In dem Voranschlag für den Haushaltplan 1927/28 finden sich an Aufwendungen für Erwerbslose 12 Millionen Gulden und für sonstige soziale Lasten 14 Millionen Gulden bei einer Endsumme des Haushaltplanes von 62,45 Millionen Gulden. Die Ausgaben von 12 Millionen Gulden für die Erwerbslosenunterstützung sind fast genau so hoch, wie die Einnahmen aus den Monopolen (8 Millionen) und den Ueberschüssen der Post (3 600 000). Während in den letzten Monaten des Jahres 1924 und den ersten 1925 die Mehraufwendungen für die Unterstützungen durch die höheren Eingänge aus den Zöllen gedeckt waren, sank diese Einnahmequelle mit wachsender Kursverminderung der polnischen Mark wertmäßig von Monat zu Monat. Danzig war an den gesamten Zolleinnahmen bis Herbst 1926 mit 7,8 % beteiligt. Dieser Anteil betrug: [1])

	I.	II.	III.	IV.	V.
7. — 9. 24	1 010 073	4 103 839	108	4 432 146	5 442 219
10. — 12. 24	1 156 725	5 942 564	105	6 239 692	7 396 417
1. — 3. 25	1 008 450	5 976 810	191	6 036 578	7 045 028
4. — 6. 25	1 074 728	5 975 964	100	5 975 964	7 050 692
7. — 9. 25	743 282	4 135 949	90	3 722 354	4 465 636
10. — 12. 25	484 703	2 994 304	65	1 946 293	2 430 996
1. — 3. 26	577 788	2 895 966	67	1 882 378	2 460 166
4. — 6. 26	550 000	2 800 000	50	1 400 000	1 950 000 (geschätzt)

(I. Einnahmen in Gulden, II. Einnahmen in Zlotys, III. Kurs des Zloty, IV Zlotybetrag in Gulden umgerechnet, V. Gesamtzolleinnahme).

[1]) Zahlenmaterial aus dem Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes über die finanzielle Lage der Stadt Danzig 1926.

Aus der vorstehenden Tabelle ist ersichtlich, daß die Zolleinnahmen seit Juni 1925, also mit Einsetzen der polnischen Inflation und Erdrosselung des Imports, rapide fielen, sodaß sie für die Monate April bis Juni 1926 nur noch 26,4 % der Einnahmen der Monate Oktober bis Dezember 1924 betrugen. Während 1924 25 der Vierteljahresdurchschnitt an Zolleinnahmen bei einer Gesamtsumme von ca. 23 Millionen Gd. 5,75 Millonen betrug, belief er sich im Jahre 1925/26 auf 4,75 Millionen und wird im Jahre 1926 27 auf 1,95 Millionen geschätzt. Durch die Genfer Verhandlungen Mitte 1926 ist Danzig ein Minimum von 14 Millionen Gulden und ein Maximum von 20 Millionen Gulden garantiert worden.

Infolge dieser ungünstigen finanziellen Lage war es natürlich ausgeschlossen, der Wirtschaft durch Steuerermäßigungen und Subventionen irgendwelche Erleichterungen zu verschaffen. Die zu scharfe steuerliche Erfassung, die zu strengen arbeitsrechtlichen Bindungen und zu weitgehenden sozialen Lasten hatten ihren erheblichen Anteil an der Krise neben den rein äußerlichen Einflüssen. Sie haben genau so zerstörend gewirkt wie in Deutschland. Dieses Urteil fand seine Bestätigung in den Reden, die der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gelegentlich seines Aufenthaltes in Dresden und Hamburg im September 1926 hielt, und in denen er die Uebersteuerung als ein wahres Unglück bezeichnete. Die erhebliche Belastung in Danzig wird umso klarer, wenn man bedenkt, daß der leistungsfähige Teil der Einwohner im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr klein ist. Von den 175000 Erwerbstätigen, die sich aus ca. 77000 Arbeitern, ca. 49000 Angestellten und helfenden Familienmitgliedern und ca. 59 000 Selbständigen zusammensetzen [1]), lebten in den ersten Monaten des Jahres 1926 durchschnittlich 18000 ohne Arbeit. Von der gesamten Einwohnerschaft des Freistaates (385 000) waren ca. 100000

[1]) Aus den Zusammenstellungen des Danziger Statistischen Landesamtes über die Berufszählung.

vom Staate und öffentlichen Körperschaften abhängig und zwar: Erwerbslose, Beamte, frühere deutsche Beamten, Kriegsinvaliden, Kleinrentner, Invalidenempfänger, deren Zahl dreimal so hoch ist, wie vor dem Kriege, und andere Pensionäre nebst Familienangehörigen.

Mit Beginn des Sommers 1926 besserte sich die Arbeitsmarktlage langsam. Im Mai trat nochmals ein kleiner Rückschlag ein, trotzdem in Polen die Situation bedeutend übersichtiger wurde. Während im Mai die Zahl der Arbeitsuchenden im Freistaat gegen den April um 517 auf 16262 gestiegen war, sank sie im Juni auf 14940 und im September auf 11 906 [1]).

An der Entlastung des Arbeitsmarktes im Sommer 1926 waren auch die ersten beiden Auswanderertransporte beteiligt, die in einer Stärke von 300 und 400 gelernten und ungelernten Arbeitern im Laufe des Monats September von Danzig nach Canada und Argentinien gingen. Die allgemeine leichte Besserung der Wirtschaftslage ist weiter auch aus der Entwicklung einiger Wirtschaftszahlen ersichtlich. Während durch die Spartätigkeit in den letzten 6 Monaten des Jahres 1925 und im Januar und Februar 1926 zwischen 7,6 und 8,6 Millionen Gulden monatlich angesammelt wurden, stieg diese Zahl im April auf 9,3, im Juni auf 9,8 und im September auf 11,1 bei einem Friedensstande von 14 Millionen Gulden. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Wechselklagen von 398 (670 000 Dg.) im Dezember 1925 auf 300 (462 000 Dg.), im Februar 1926, 192 (219000) im Mai 1926 und 129 (212000 Dg.) im September [2]).

Bei der vorangegangenen Darstellung ist mit Absicht auf eine eingehende Behandlung der Fragen der künstlichen Entlastung des Arbeitsmarktes verzichtet worden. Insbesondere die Ergebnisse der Notstandsarbeiten und der Aus-

[1]) Vgl. Anhang Tabelle III.

[2]) Zahlenmaterial aus den Danziger Statistischen Mitteilungen vom 30. August 1926.

wanderung sollen im folgenden zusammenhängend dargestellt werden.

Das Charakteristische an allen Vorschlägen, die im Laufe der Jahre zur Ausgestaltung der Notstandsarbeiten gemacht worden sind, ist, daß sie mit jeder neuen Konjunkturschwankung erneut ausführlich und mit Dringlichkeit wiederkehren, als ob sie noch nie dagewesen wären. Die Nachteile, die man vor Jahren versucht hatte abzustellen, gelten für Danzig noch heute. Die Notstandsarbeiten sind im Freistaat nie über Straßen-, Wege-, Sport- und Spielplatzbauten hinausgegangen, also Anlagen, die sich erst in längerer Zeit rentieren. Im Januar 1927 ist ernstlich erwogen worden, die sumpfigen Teile des Kreises Grosseswerder durch Notstandsarbeiten für landwirtschaftliche Nutzung zu gewinnen. Eine Zusammenstellung der durch Notstandsarbeiten beschäftigten Personen ergibt folgendes Bild:

Mai 1924	150	Sept. 1925	98	Juni 1926	155 [1]
Juni	176	Okt.	245	Sept.	51
Juli	169	Nov.	175	Okt.	61
Aug.	217	Dez.	38	Nov.	34
Okt.	107	Jan. 1926	74	Dez.	317
Nov.	50	Febr.	129	Jan. 1927	426
Febr. 1925	88	März	1448	Febr.	164
April	56	April	1911	März	390
Mai	43	Mai	319		

Für die geleistete Arbeit wurden im allgemeinen ab 1. November 1925 folgende Löhne gezahlt[2]):

[1]) Auszüge aus den entsprechenden Jahresberichten des Danziger Arbeitsamtes.

[2]) Auszüge aus den Akten des Danziger Lohnamtes.

Grundlohn Arbeiter unter 20 Jahre	0,50	Dg.
über 20 Jahre	0,65	„
verheiratete Arbeiter	0,70	„
für jedes Kind + 0,05	0,75	„ bis
höchstens	0,95	„

Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat trotz aller Bemühungen nicht das gebracht, was man von ihr erwartet hatte. Sie war in der ersten Zeit nach dem Friedensschluß als Uebergangsmaßnahme geeignet: Notstandsarbeiten in Form von Erdarbeiten wie sie in Danzig getätigt werden, kann man heute nicht mehr als produktive Erwerbslosenfürsorge ansehen, sie sind nur mittelbar, auf lange Zeit produktiv. Die Ergebnisse der verschiedenartigsten Notstandsarbeiten zeigen aber, wie sehr beschränkt die Reihe wirklich ertragreicher Beschäftigungsmöglichkeiten und damit der Wirkungskreis des Staates ist. Die zahlenmäßig sehr starke Steigerung der beschäftigten Personen, wie sie besonders im März und April 1926 auffällt, bedeutet zweifellos eine Belastung der Wirtschaft, also indirekt ein Hindernis für die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten, da sie auf die Kapitalbildung und in gewissem Maße auch auf die Ausdehnung der Unternehmertätigkeit hemmend einwirkt.

Es wäre andererseits verfehlt, wenn der Staat der Wirtschaft allein eine Aenderung überlassen würde. Nur die Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen kann hier eine Besserung bringen.

Eine besondere Stellung unter den verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung des Arbeitsmarktes nahm im September 1926 die Auswanderung ein. Dem Senat war es gelungen, in Canada und Argentinien für einige hundert Arbeitslose Beschäftigung zu finden; nach der Bekanntmachung dieser Arbeitsgelegenheit meldeten sich ca. 4000 Personen freiwillig zur Auswanderung. Im Jahre 1926 verließen insgesamt ca. 1400 Danziger Staatsangehörige ihre Heimat, d. h. auf 1000 Einwohner 2,8 Auswanderer (Deutsch-

land 1925 0,9) [1]). Am günstigsten scheinen die Verhältnisse in Canada zu sein, wo die Auswanderer beim Bau von Eisenbahnen beschäftigt werden und nach Erledigung ihrer Tätigkeit in den durch die Bahnstrecke erschlossenen Gebiet Land angewiesen bekommen. Im Jahre 1926 sind von den über den Hafen Danzig Ausgewanderten 60 % nach Canada übergesiedelt [2]). Andere Arbeitsgelegenheiten in Brasilien, St. Paul und Panama sind infolge der klimatischen Bedingungen für die Nordostdeutschen weniger geeignet.

In der Beurteilung dieser Fragen sind die Meinungen der politischen Parteien, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und der Spitzen der Gewerkschaften sehr verschieden gewesen. In Deutschland hat nach dem Kriege Ministerialrat Dr. Berger untersucht, ob die Auswanderung den Arbeitsmarkt günstig beeinflußt. Er stellte fest, daß die meisten der Auswanderer der Land- und Fortwirtschaft angehörten, und daß von den Erwerbstätigen der Industrie im wesentlichen Facharbeiter die Heimat verließen, also Kräfte, die dem eigenen Lande wertvoll waren. — In Danzig schafft die Auswanderung im Augenblick zwar eine zahlenmäßige Erleichterung; sie ist für ungelernte Arbeiter zweifellos ein Vorteil, denn eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle

[1]) Die Zahlen beruhen auf einer Schätzung des Danziger Statistischen Landesamtes, denn eine genaue Zusammenstellung der ausgewanderten Danziger Staatsbürger über andere Häfen wird nicht geführt. Der Anteil der Danziger an der Gesamtsumme der Auswanderer über Danzig ist minimal und beträgt:

1921	85	von	32 815	Auswanderern
1922	13	von	24 885	„
1923	21	von	21 240	„
1924	keine Statistik			
1925	25	von	12 621	„
1926	109	von	27 551	„

Bis September 1923 beruhen die Zahlen auf Angaben des Auswandererlagers, seitdem auf Zusammenstellungen des Danziger Hafenarztes.

[2]) Zahlen nach Angaben des Danziger Statistischen Landesamtes vom 31. Januar 1927.

diese Kräfte, wie es in der Inflation der Fall war, ist in Zukunft kaum möglich.

Von den ersten beiden Auswanderertransporten mit rund 750 Mann waren ca 500 ungelernte Kräfte[1]). Diese zahlenmäßige Zasammenstellung, die nach der Beschäftigung beim letzten Arbeitgeber gemacht ist, gibt noch kein tatsächliches Bild von dem qualitativen Wert der einzelnen Kräfte. Denn unter den ungelernten Arbeitern höher bezahlter Berufe befinden sich Facharbeiter aller Art. Man geht bestimmt nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Uebelstand auch hier eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Die Auswanderung von Spezialarbeitern aber bringt indirekt für die Danziger Betriebe eine Unkostenvermehrung mit sich, da in Zeiten besserer Konjunktur in Danzig immer ein Mangel an Fachkräften fühlbar war. Dieser Nachteil trat im Oktober 1926 schon wieder in Erscheinung, als die Werften durch einige Aufträge ihre Belegschaften um einige hundert Arbeiter vermehrten. Sie waren gezwungen, sich Spezialarbeiter aus Deutschland kommen zu lassen.

Es ist ja bekannt, daß die Arbeit der Ausgewanderten in ihrer neuen Heimat viel schwerer und entsagungsvoller ist, als in der alten. Arbeitszeit und Tarifverträge in unserm Sinne kommen nicht in Frage, und dennoch ist der Andrang zur Auswanderung in Danzig so groß, wo man gewöhnt ist, in strengster Anlehnung an die arbeitsrechtlichen Bindungen zu schaffen. Illusionen, Nachrichten von einigen besonders Erfolgreichen, aber auch günstige Aufstiegmöglichkeiten, wie sie in Danzig durch zu scharfe Schematisierung beeinträchtigt werden, sind die erfolgreichen Zugmittel.

[1]) Nach Angaben der Gewerkschaften

II. Besonderer Teil.

1. Abschnitt.

Der Warenhandel.

Während im ganzen Staatsgebiet am 12. Juni 1907 11 399 Personen im Handelsgewerbe überhaupt tätig waren, vergrößerte sich diese Zahl bis Ende 1923 auf 23 270, also um 104,14%[1]). Von 100 Erwerbstätigen waren 1907 7,88, im Jahre 1923 15,88 in diesem Berufe tätig, das entspricht einer Zunahme von 101,65%. Wenn auch ein gewisser Prozentsatz der Zunahme eine Folge der Inflation war, in der eben alles „handelte", so ist doch auch vorher bereits ein erhebliches Wachstum nachweisbar. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist die Zahl der Gründungen im Handelsgewerbe im Laufe von mehr als einem Jahrhundert ersichtlich.[2])

1800—1823=	6 Gründungen,	d. h.	i. Durchschn. p. Jahr	0,25
1824—1870=	70 „	„	„	1,5
1871—1890=	151 „	„	„	7,5
1891—1899=	209 „	„	„	23,2
1900—1913=	984 „	„	„	70,3
1914—1919=	675 „	„	„	112,5
1920—1921=	888 „	„	„	444,0
1922=	536 „	„	„	536,0
1923=	663 „	„	„	663,0

Von den oben dargestellten Erwerbstätigen des Handelsgewerbes waren im Waren- und Produktenhandel 1907 7053 und 1923 12600 Personen beschäftigt, das bedeutet eine Zunahme von 78,67%.[1])

Da in den Zusammenstellungen des Arbeitsamtes der Stadt Danzig eine spezielle Aufführung der Erwerbslosen des

[1]) Zahlenmaterial aus den Druckbogen des Danziger Statistischen Landesamtes über die Berufszählung 1907 und 1923.

[2]) Zusammenstellung aus den Akten des Danz. Stat. L.

Warenhandels nicht erfolgt und die genaueren Untersuchungen des Statistischen Amtes erst 1926 begonnen haben, also noch keinen Vergleichswert besitzen, müssen die Gesamtzahlen der kaufmännischen und Büroangestellten den nachfolgenden Darstellungen als Unterlage dienen.

Schon im Jahre 1920 verursachte die Schließung von Heeresbetrieben und der Abwicklungsstellen ein Ueberangebot an Kräften. Durch Einstellung als Hilfsarbeiter beim Senat und durch die Einrichtung von Gratiskursen auf der Handelsschule und Stenographiekursen konnte teilweise Abhilfe geschaffen werden. Eine kommende Belebung der Hafentätigkeit war dadurch zu erwarten, daß bald eine lebhafte Nachfrage nach Kräften des Exporthandels einsetzte. Da die im Inland vorhandenen, im Berufe Ausgebildeten, nicht ausreichten, mußte man den Bedarf im Auslande decken. Im Jahre 1921 wurde die Oberzolldirektion gegründet, und ein bedeutender Teil Angehöriger des Handelsgewerbes für den Dienst im Büro und im Grenzverkehr eingestellt. Das Inflationsjahr 1922, das infolge der Scheinkonjunktur eine ausgezeichnete Tätigkeit in fast allen Berufen bot, zeigte trotzdem dauernd ein zahlenmäßiges Ueberangebot an Arbeitskräften. Die Ursache ist darin zu suchen, daß durch die Geldentwertung viele ältere Leute ihr Vermögen verloren hatten und gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt auf irgend eine Art und Weise zu erwerben. Infolge des überstürzten und hastenden Geschäftsverkehrs war für sie eine Anstellung kaum zu finden, während jüngere leistungsfähigere Kräfte zu jeder Zeit und im Exporthandel sogar zu sehr annehmbaren Gehältern Unterkunft finden konnten. Die forcierte Nachfrage des Exporthandels, die auch im Jahre 1923 unverändert andauerte, kennzeichnete immer deutlicher die Merkmale des allgemeinen Ausverkaufs. Die krassen Ausverkaufserscheinungen zeigten sich auch im Inlandsgeschäft; besonders der Kleinhandel suchte ständig Verkäufer und Verkäuferinnen, und bei dem in der Inflationszeit äußerst starken internationalen Verkehr der

Stadt Danzig war es nicht erkennbar, in welchem Maße der Inlandsabsatz noch tatsächlich an Inländer erfolgte.

Die Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften dauerte bis zum Herbst 1923 an, und erst die Einführung der Goldrechnung brachte, wie in allen anderen Berufszweigen, eine Aenderung. Ein Stillstand der Geschäftstätigkeit trat Anfang 1923 vorübergehend ein, als die deutsche Reichsbank versuchte, durch ihre Intervention die deutsche Mark zu stützen.

Die erste Zeit der Währungsstabilisierung brachte einen erheblichen Angestellten- und Beamtenabbau der Privatbetriebe, der staatlichen und städtischen Behörden. Die Geschäfte entließen zuerst die weniger eingearbeiteten Kräfte, die in der letzten Zeit der Inflation eingestellt worden waren. In der Stadt Danzig stieg die Zahl der erwerbslosen kaufmännischen und Büroangestellten von 43 im August 1923 auf 293 im Oktober, 323 im Dezember und 381 im April 1924[1]). Die Anzeichen für eine noch weitere Verschlechterung im Jahre 1926 waren dadurch gegeben, daß selbst das Weihnachtsgeschäft keine nennenswerte Entlastung brachte. Die Not der Zeit wird wohl am besten dadurch charakterisiert, daß sich eine Anzahl Angehöriger der erwähnten Erwerbsgruppen freiwillig zum Schneetransport auf den Straßen meldete und auch Verwendung fand. Die Zahl der Erwerbslosen stieg daher von 472 im November 1924 auf 526 im Februar 1925, besserte sich während der Sommermonate leicht bis zu ca. 400 Arbeitsuchenden und erreichte am Jahresende 616.

Die Arbeitsverhältnisse wurden in den folgenden Jahren 1925/26 immmer schwieriger; daher unternahm man ververschiedene Versuche einige Erwerbslose in anderen Berufen unterzubringen. Die männlichen Mitglieder wurden verschiedentlich zu Kraftwagenführern ausgebildet und haben gute Unterkunft gefunden, da infolge des steigenden Automobilverkehrs eine Nachfrage nach Fachkräften herrschte. Auch

[1]) Auszüge aus den Monatszusammenstellungen des Danziger Arbeitsamtes.

im Jahre 1926 konnte durch einige Ausbildungskurse eine leichte Besserung des weiblichen Arbeitsmarktes erzielt werden. Der Facharbeitsnachweis glaubte im allgemeinen beobachten zu können, daß die Leistungsfähigkeit der weiblichen arbeitslosen kaufmännischen Angestellten sehr zu wünschen übrig ließ, und daß gute Kräfte niemals lange Zeit ohne Arbeit waren. Es lag daher nahe, durch einige Umschulungskurse die Fähigkeiten der einzelnen zu erhöhen. Auf Kosten der produktiven Erwerbslosenfürsorge wurden zwei Kurse für Stenographie und Schreibmaschine eingerichtet, zu denen sich freiwillig 60 Personen meldeten [1]). Der Erfolg war eine Erhöhung der Stenogrammfertigkeit um die doppelte Silbenzahl pro Minute, sodaß am 1. Oktober 1926 19 der Teilnehmerinnen eine Stellung finden konnten. Ein Kursus an der Staatlichen Frauenklinik für Pflegerinnen und andere für Näherinnen und Stickerinnen zeigten ähnliche Erfolge.

Der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfenverband hat in seiner Untersuchung über die Erwerbslosigkeit der Kaufmannsgehilfen in Deutschland (für Danzig existiert keine besondere Untersuchung, der Freistaat macht aber keine Ausnahme) festgestellt, daß an der Gesamtzahl der arbeitslosen Mitglieder über 40 Jahre diejenigen, die längen als ein halbes Jahr erwerbslos wareen, 59,75% der Gesamtsumme umfaßten, [2]) und hieran die allzu pessimistische Ansicht geknüpft, daß nach der Inflationszeit für die erwerbslosen Angestellten über 40 Jahre keine Aussicht mehr besteht, eine Stellung zu finden. Man darf aber andererseits eine Aenderungsmöglichkeit durch einen Konjunkturumschwung nicht zu sehr unterschätzen, und es gibt immer noch eine recht erhebliche Anzahl Firmen, die das Interesse älterer Angestellter am Unternehmen höher einschätzen, als eine billiger arbeitende, wenn auch meistens leistungsfähigere jüngere Kraft.

[1]) Zahlenmaterial auf Grund der Angaben des Verbandes der weiblichen kaufmännischen und Büroangestellten.

[2]) „Die Erwerbslosigkeit der Kaufmannsgehilfen", Untersuchungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Berlin 1925.

2. Abschnitt.

Der Geld- und Kredithandel.

Die Entwicklung des Geld- und Kredithandels ist wohl von allen Unternehmungsarten durch die Inflation am meisten beeinflußt worden. In Vorkriegszeiten (1907) waren in der Stadt Danzig nur ca. 250 Personen in diesem Berufe erwerbstätig, und die Zahl der Angestellten der einzelnen Bankinstitute bewegte sich in bescheidenen Grenzen. Unter den damaligen 33 Unternehmungen des Geld- und Kredithandels waren 9 Banken mit ihren Filialen. Die beschäftigten Ziffern gehen aus folgender Zusammenstellung hervor[1]):

Alleinstehende Unternehmer ohne Hilfskräfte	7
Unternehmer mit 1—3 Hilfskräften	5
„ „ 4—5 „	8
„ „ 6—10 „	6
„ „ 11—50 „	7
Zus.	33

Während des Krieges faßten die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft auf Grund der Hoffnungen, die sich an das Geschäft mit Osteuropa knüpften, festen Fuß in Danzig, teils durch Fusion, teils durch Neugründung. Nach Abschluß des Friedensvertrages wurde die Zuwanderung vorsichtiger, und erst mit dem Auftreten der Commerz- und Privatbank und der Dresdener Bank im Jahre 1920 begann ein sehr lebhafter Aufschwung, an dem auch das Ausland starken Anteil hatte. Während in allen anderen Berufen Arbeitslosigkeit herrschte, machte sich im Geld- und Kredithandel ein Mangel an ausgebildeten Kräften bemerkbar.

Mit zunehmender Geldentwertung trennte sich der Aufgabenkreis der Banken und Sparkassen streng. Die Banken verzichteten fast ganz auf den Kleindepositenver-

[1]) Zusammenstellung nach Auszügen aus dem unveröffentlichten Material des Danz. Stat. Landesamtes über die Gewerbezählung von 1907.

kehr und überließen dieses Tätigkeitsgebiet den Sparkassen. Der Devisenhandel blühte ungeheuer, da er, entgegen den Verordnungen des Deutschen Reiches, keinerlei einschränkenden Verfügungen unterlag. Es gab wohl daher in Deutschland kaum eine Stadt gleicher Größe, die verhältnismäßig so viele Bankinstitute aufzuweisen hatte, wie Danzig. Die Folge dieser ungeheuren Entwicklung war, daß sehr viele junge Leute nach Beendigung ihrer Schulzeit sich dem Bankfache widmeten. Im Geld- und Kredithandel waren 1923 in der Stadt Danzig nicht weniger als 3799 Personen tätig, (das ist eine Zunahme seit 1907 im Verhältnis von 1 : 15,2) und im Freistaat 4717 [1]). Ein ähnliches Bild der Expansion gibt der Beschäftigungsgrad der einzelnen Institute: von den 146 Unternehmungen des Geld- und Kredithandels im Freistaate arbeiteten [2]):

Ohne Hilfskräfte	3	Abnahme gegen 1907		57 %
1—3 „	16	Zunahme	„ „	220 %
4—5 „	21	„	„ „	162 %
6—10 „	26	„	„ „	333 %
11 - 50 „	63	„	„ „	800 %
51—200 „	13	} erst neu entstanden.		
201—1000 „	4			

Die ohne Hilfskräfte arbeitenden Unternehmen verminderten sich, da die Arbeit infolge der ziffernmäßig gewachsenen Umsätze für eine einzelne Person zu groß geworden war. Die Tabelle zeigt eine erhebliche Vermehrung der Kleinbetriebe, also vornehmlich der Wechselstuben, aber auch eine Arbeitsüberlastung der Großbanken. Während 1907 nur 19,4 % aller Unternehmungen mehr als 10 Angestellte hatten, waren es 1923 54,7 %. Die vier Großbanken beschäftigten allein 1339 Personen, also fünfmal so viel als 1907 im ganzen Berufe tätig waren.

Im Herbst 1923 verließ die Reichsbankhauptstelle den

[1]) Auszüge aus den Druckbogen über die Berufszählung des Jahres 1923.

[2]) dito.

Freistaat und am 17. März 1924 eröffnete die Bank von Danzig als neue Notenbank ihre Tätigkeit.

Die Einführung einer festen Währung in Danzig und Deutschland brachte eine bedeutende Einschränkung des Geschäftsverkehrs, vor allem des Devisenhandels. Die Hoffnungen der Banken in Danzig auf eine günstige Geschäftstätigkeit mit Polen waren nur teilweise in Erfüllung gegangen. Zuerst wurden die weniger eingearbeiteten Hilfskräfte, und auf Grund der Demobilmachungsbestimmungen die deutschen und die ausländischen Staatsangehörigen entlassen. Die Wechselstuben verschwanden fast vollständig von der Bildfläche, und wie in anderen Tätigkeitszweigen, so mußte auch hier eine Reihe von Inflationsgründungen liquidieren. Der sich stetig verschlechternde Arbeitsmarkt für kaufmännische und Büroangestellte ist stark durch diese ungünstige Bankentwicklung beeinflußt; denn im anderen Falle hätte sich ein großer Prozentsatz der jungen Leute in den Jahren 1921—23 anderen Beschäftigungsmöglichkeiten zugewandt, wäre in anderen Berufen fachkundig ausgebildet worden und hätte in der Gegenwart eine erheblich größere Chance gehabt, eine Stelle zu finden. Ein bedeutender Teil der jungen Bankangestellten hat zwar in einem anderen Berufe von vorne angefangen, es ist aber nicht zu leugnen, daß diese Entwicklung des Geld- und Kredithandels die Kosten und die Zeit der Ausbildung des einzelnen wesentlich erhöht bezw. verlängert hat. Ein typisches Beispiel des Angestelltenabbaues gibt die Entwicklung des Beamtenapparates der größten Danziger Bank: der „Danziger Privat-Aktien-Bank“: die Hauptbank beschäftigte am 1. Oktober 1923 392 Personen, am 1. April 1924 145, das entspricht einer Verminderung um 63 %[1]). Der Abbau bei den großen deutschen Banken in Danzig, besonders aber bei der Deutschen Bank, dürfte noch höher sein. Wie in Deutschland, so pflegt man auch in Danzig die Betriebsentwick-

[1]) Auszüge aus dem Geschäftsbericht 1924/25 der Danziger-Privat-Aktien-Bank

lung mit einem großen Geheimnis zu umgeben und macht dadurch die Beurteilung der Situation infolge Materialmangel schwer. Der Personalbestand bei den 7 Berliner Großbanken ist in der Zeit von 1923 bis 1926 von 141 900 auf 49 300 um 65 % zurückgegangen [1]).

Die Veröffentlichung der Goldmarkbilanzen zeigte, daß das Vermögen der Banken auch in Danzig nur Bruchteile der Vorkriegsziffern betrug. Ein Vergleich der Höhe der Unkosten in den Bilanzen der neuen größten Danziger Aktienbanken ergibt folgendes Bild: 1924 betrug der Anteil der Unkosten am Eigenkapital 34,4 %, 1925 nur 24,5%, also eine Verminderung, die durch Rationalisierung des Betriebes (Beamtenabbau, Einführung von Maschinen) erreicht worden war. Derselbe Prozentsatz betrug vor dem Kriege für die 8 deutschen Großbanken nur 7,6 % [2]).

Die Spekulationstätigkeit hat sich 1925 nicht wieder entfalten können, trotzdem der Zloty im Sommer 1925 bedeutenden Schwankungen unterworfen war. Das Arbitragegeschäft litt unter den zu hohen Telegramm- und Fernsprechgebühren, und die Entwicklung des Wechselgeschäftes war ein charakteristisches Zeichen für die herrschende Kapitalnot. Der Wagemut war durch die Fehlschläge der letzten Jahre erheblich gelähmt worden.

Eine interessante Entwicklung der Nachinflationszeit zeigt die „Sparkasse der Stadt Danzig", die nach Aufnahme der spezifischen Bankgeschäfte, soweit es ihr Aufgabenkreis erlaubte, ihren Angestelltenapparat dauernd vergrößern konnte. Am 1. April 1924 wurden 100 Arbeitskräfte beschäftigt, am 1. Juli 1924 120, am 1. Oktober 135, am 1. Januar 1925 170 und am Ende 1925

[1]) Aus einer Rede des Direktors der Dresdener Girozentrale Schoele bei der Sitzung des 5. Unterausschusses der Enquetekommission für das Bankgewerbe, wiedergegeben in den Danziger Neuesten Nachrichten vom 14. Oktober 1926 S. 9.

[2]) Aus dem Jahresbericht 1924 d. Spark. d. St. Danzig.

194 [1]). Zur Entlastung des Arbeitsmarktes machte diese freilich nur wenig aus. — Mit diesem Personalbestand tritt die Sparkasse in gleiche Reihe neben die deutschen Großbanken in Danzig. Diese Ausdehnung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Sparkasse am Staat, dessen finanzielle Ueberweisungen sie neben der Bank von Danzig zu erledigen hat, einen starken Rückhalt findet; andererseits aber auch darauf, daß bis heute noch von der Inflationszeit her das Mißtrauen gegen die Privatbanken nicht geschwunden ist. Es ist aber anzunehmen, daß die alten Geschäftsbeziehungen mit diesen wieder langsam in Fluß kommen werden.

3. Abschnitt.

Der Hafen. [2])

Aus den vom Danziger Arbeitsamt veröffentlichten Ziffern über die erwerbslosen Tranzportarbeiter kann man die Arbeitslosigkeit nicht beurteilen, da irgendwelche spezielle Statistik für den Hafen nicht geführt wird.

Eine nähere Untersuchung der Hafentätigkeit weist aber Symptome auf, die auf eine gesunkene Arbeitsmöglichkeit schließen lassen. Die oberflächliche Betrachtung des Schiffverkehrs ergibt eine erfreuliche Zunahme gegenüber 1913:

Schiffverkehr:	1912	2992	Schiffe mit	970 653	NRT.
	1913	2854	„ „	918 097	„
	1920	1951	„ „	987 750	„
	1922	2712	„ „	1423 132	„
	1924	3312	„ „	1634 970	„
	1926	5967	„ „	3432 480	„

Eine Gegenüberstellung der ein- und ausgeführten

[1]) Auszüge aus den Jahresberichten 1924, 1925 der Sparkasse der Stadt Danzig.

[2]) Das gesamte Zahlenmaterial des Abschnittes entstammt, soweit es nicht besonders erläutert ist, den entsprechenden Statistiken des Danziger Statistischen Landesamtes.

Waren läßt aber schon eine wesentliche Veränderung gegen die Vorkriegszeit erkennen: nämlich eine sprunghaft ansteigende, mengenmäßige Zunahme des Exports. Eingang und Ausgang im seewärtigen Warenverkehr (Generalhandel) zeigt folgendes Bild:

(Monatsdurchschnitt in 1000 t.)

Einfuhr:	1912	95,1	Ausfuhr:	109,3
	1913	102,8		73,2
	1923	54,6		85,5
	1924	61,5		136,4
	1925	57,6		169,3
	1926	53,4		471,6

Untersucht man nun die Ursachen für diese erhebliche Steigerung, so findet man, seit 1925, eine einseitige Zunahme des Kohlenexports, eine Folge des polnischen Dumpings und (1926) des englischen Generalstreiks. An den Zahlen der Ausfuhr waren prozentual beteiligt:

1925	I	III	V	VII	IX	XII
Holz mit %	67,8	72,8	68,9	66,5	31,6	17,3
Kohle „ „	3,3	1,5	1,4	17,7	42,5	44,9
Getreide „	3,7	0,3	0,5	0,1	16,3	17,9
u. sonstiges	25,2	25,4	29,2	15,7	9,6	19,9

1926	I	III	V	VII	X	XI	XII
Holz mit %	20,7	27,1	26,3	25,2	22,1	21,5	21,6
Kohle „ „	44,7	54,6	57,3	60,9	68,3	67,1	60,9
Getreide „	15,6	3,8	5,5	5,4	4,2	3,3	1,1
Sonstiges	19,0	14,5	10,9	8,5	5,4	8,1	16,4

Der steigende Kohlenexport hat aber zur Entlastung des Danziger Arbeitsmarktes nichts beigetragen, da die Verladung maschinell getätigt wird. Wenn die Kohlenverladungseinrichtungen anderen Häfen gegenüber moderner gestaltet wären, würde die Arbeitslosigkeit erheblich größer sein. Bei dem jetzigen System kann eine Waggonentladung im ganzen nicht vorgenommen werden. Die übermäßig einseitige Inan-

spruchnahme des Hafens hat den Nachteil, daß bei veränderter Konjunktur, die mit dem Abbruch des englischen Bergarbeiterstreiks und der wirtschaftlichen Einigung Polens und Deutschlands einerseits und Polens und Litauens andererseits eintreten wird, die Arbeitstätigkeit erheblich fällt. Denn der Stückgutverkehr ist, oder besser gesagt, mußte infolge der zu teuren Löhne eingeschränkt werden und wird hauptsächlich über die deutschen Ostseehäfen Stettin, der ebenfalls günstige Wasserverbindung mit dem Hinterlande hat, und Königsberg geleitet.

Seit der Lostrennung Danzigs von Deutschland ist der Speditionsverkehr Danziger Firmen auf der Weichsel zum Stillstand gekommen; Anfang 1927 unterhielten nur zwei polnische Firmen einen regelmäßigen Fahrdienst.

Mit Einführung der Guldenwährung verdiente der Hafenarbeiter 6,40 G. pro Tag, und dieser Lohnsatz erhöhte sich bis 1926 auf 10,30 G. bei einem Friedensverdienst von 5,92 G. [1]). Die Königsberger und Stettiner Löhne standen teilweise um 50 % zurück. Zu diesem Vorteil der deutschen Konkurrenten kommen noch die seit 1900 bestehenden Seehäfenausnahmetarife, die mit der Abtrennung Danzigs von Deutschland für Danzig in Wegfall kamen. Als teilweisen Ersatz kann man die Pläne der polnischen Eisenbahndirektion anerkennen, neue Ausnahmetarife zugunsten des Danziger Hafens für Kohle einzuführen.

4. Abschnitt.

Die Metallindustrie.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Metallindustrie ist für Danzig insofern von höchstem Interesse, als dieser Industriezweig den größten Prozentsatz der erwerbstätigen Arbeiter beschäftigt. Von den in der Stadt Danzig vorhandenen 43000 Arbeitern waren 1923 rund 25 % in

[1]) Auszüge aus den Akten des Lohnamtes der Stadt Danzig.

der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie tätig. — Die Danziger Goßindustrie war vor dem Kriege im wesentlichen auf den Schiffbau eingestellt. Die sehr häufigen größeren Staatsaufträge ermöglichten eine stetige, zufriedenstellende Arbeitstätigkeit und eine langsame Ausdehnung der Betriebe, sodaß die in der Stadt vorhandenen Arbeitskräfte bald durch Heranziehung auswärtiger ergänzt werden mußten. Der Zuzug fremder Arbeiter hielt bis 1923 an, sodaß nach der Volkszählung im gleichen Jahre die Zahl der in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie beschäftigten Erwerbstätigen von 8370 im Jahre 1907 auf 12766 im Jahre 1923, also um 4396 oder um 52,5 % gestiegen war.

Für die Beschäftigten kommen an Großunternehmen der Metallindustrie besonders in Frage: die ehemals kaiserliche Werft, die im November 1922 in eine internationale Aktiengesellschaft umgewandelt worden war[1]), die Schichau-Werft, Klawitter-Werft und das Troylwerk, das 1922 der Danziger Werft angegliedert worden war.

Nach der Abtrennung Danzigs und dem Aufhören der Staatsaufträge erschien es notwendig, das einseitige Arbeitsgebiet der Großbetriebe zu erweitern, damit diese durch differenzierte Produktion Krisen leichter überstehen könnten. Während die drei in Privathänden befindlichen Werften sich kaum verändert haben, kann die Danziger Werft (ehemalige kaiserliche Werft) heute alle Aufträge, soweit sie in das Gebiet der Metallindustrie hineinfallen, erledigen, und es gibt kaum noch eine Kategorie von Erwerbstätigen, die nicht im Betriebe ein Wirkungsfeld findet. Die Nachteile der weniger speziellen Umstellung haben sich bei der Schichauschen Werft oft gezeigt. Nach Erledigung größerer Aufträge im Schiffbau (Fertigstellung des Lloyddampfers Columbus im November 1923) wurde ein großer Teil der dort Beschäftigten sofort arbeitslos.

Nach dem Aufhören der Kriegsbeschäftigung und seit Abschluß des Friedensvertrages verschlechterte sich zunächst

[1]) Vgl. S. 21 und 22.

die Lage des Arbeitsmarktes für den ganzen Geschäftszweig recht erheblich. Wenn auch die Großbetriebe an einigen Rückständen zu arbeiten hatten und dadurch ganz besonders der Elektroindustrie gegenüber im Vorteil waren, so störte doch der Mangel an Rohstoffen, die hohen Lohnforderungen und schließlich die Streiks eine geregelte Geschäftsführung. Gegen Ende 1919 mußten die Werft von F. Schichau und die Danziger Werft wegen Lohndifferenzen ihre Betriebe auf drei Wochen schließen. Die erfolgreichen Bemühungen des Danziger Arbeitsamtes, das sich mit dem westdeutschen Industriegebiet in Verbindung gesetzt hatte, ermöglichten eine Abwanderung hiesiger Erwerbsloser nach dem Ruhrgebiet. Die freiwilligen Meldungen waren so zahlreich, daß wöchentlich 3—400 Menschen, teilweise sogar mit Familien, nach dem Westen mit Extrazügen transportiert wurden. Sie fanden dort in den Bergwerken Arbeit. Andere wurden vorübergehend auf pommerschen und westpreußischen Gütern während der Kartoffelernte untergebracht. Die im Jahre 1920 verhältnismäßig günstig sich entwickelnde Arbeitstätigkeit auf den beiden großen Werften — die Danziger Werft arbeitete an einigen Schiffsbauten und hatte Aufträge für die Herstellung von mehreren tausend Eisenbahnwaggons für die Republik Polen erhalten [1]) - wurde Mitte des Jahres durch eine erneute Schließung für acht Tage unterbrochen. Trotz der sehr erheblichen Zuwanderung an Metallarbeitern und Schiffszimmerern machte sich jetzt schon ein Mangel an Spezialkräften bemerkbar, sodaß auf Kosten der produktiven Erwerbslosenfürsorge vierwöchentliche Umschulungskurse eingerichtet wurden. Diese Umschulungskurse wurden auch im folgenden Jahre von der Danziger Werft aufgenommen, da die erneuten größeren Aufträge eine Einwanderung weiterer deutscher und polnischer Arbeitskräfte notwendig machte. Die Danziger Werft hatte inzwischen ihren Betrieb für den Bau von Lokomotiven, Dieselmotoren und Handelsschiffen erweitert. Als die Werft im November

[1]) Nach eigenen Angaben.

1919 von der Stadt Danzig übernommen wurde, beschäftigte sie ca. 2700 Personen; 1922 hatte sich diese Zahl auf 4800 erhöht[1]).

Mit vollzogener Abtrennung vom Deutschen Reiche wurde die Danziger Metallindustrie um einige kleinere Unternehmen reicher, die sich umso leichter einfinden konnten, als sie einen Stamm branchekundiger Arbeiter zur Verfügung fanden.

Es ist schon weiter oben darauf hingewiesen worden, daß in Deutschland und Danzig 1922 und Anfang 1923 in allen Berufszweigen Hochkonjunktur herrschte. Die Metallindustrie war in Danzig am günstigten beschäftigt. Werften, Eisenbahnhauptwerkstätte und polnische Staatsbahndirektion traten mit einem Bedarf auf, der im Inlande garnicht befriedigt werden konnte. Die Schichau-Werft arbeitete mit forciertem Tempo an der Fertigstellung des großen Lloyddampfers Columbus. Da Deutschland selbst seine Arbeitskräfte voll beschäftigen konnte, — Mitte 1922 waren im ganzen Reich nur ca 10000 Hauptunterstützungsempfänger, oder auf 1000 Einwohner 0,15, vorhanden[2]) —, wandte sich das Arbeitsamt der Stadt Danzig mit Genehmigung des Demobilmachungsausschusses an Polen, Dänemark, Oesterreich und die Schweiz. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Danzig betrug in den letzten Monaten 1922 durchschnittlich nur 12 Personen und in der ersten Hälfte des Jahres 1923 durchschnittlich nur 32.[3]) Trotz dieser ausgezeichneten Beschäftigungsmöglichkeit stieg die Zahl der beim Arbeitsamt der Stadt Danzig gemeldeten Arbeitsuchenden 1922 von 65 im Mai auf 267 im Juni und 235 im Juli. Diese an und für sich unnatürliche Zunahme findet ihre Ursache in der Verschiedenheit der Lohnverhältnisse bei den beiden großen Werften. Viele Arbeiter gaben ihre Beschäftigung bei der Danziger Werft auf, meldeten sich beim Arbeits-

[1]) Nach eigenen Angaben der Danziger Werft.
[2]) Auszüge aus dem Reichsarbeitsblatt 1923.
[3]) Vgl. Anhang Tabelle II.

amt und ließen sich zu der besser zahlenden Schichau-Werft vermitteln. Die allmähliche gegenseitige Anpassung der Löhne machte dieser Wanderung ein Ende, sodaß die Zahl der arbeitsuchenden Metallarbeiter bis Mitte 1923 auf 12 herabging. Die auswärtigen Hilfskräfte mußten auch 1923 noch vermehrt werden, um die Termine für die großen Aufträge einhalten zu können.

Im letzten Halbjahr waren aber schon die ersten Anzeichen für das Ende der Scheinkonjunktur vorhanden. Die Danziger Werft vergab infolge der ungünstigen Lohnverhältnisse im Freistaat teilweise Tischlerarbeiten nach Polen, trotzdem im Inland Tischler arbeitslos waren. Im August 1923 erreichte ein dreitägiger Generalstreik die Einführung der Entlohnung auf Goldbasis, die bei der gesamten Privatindustrie mit einer Einschränkung des Angestellten- und Arbeiterbestandes verbunden war. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Metallgewerbe vergrößerte sich im September auf 144, im November auf 270 und im Dezember auf 392.

Nach der Einführung der Guldenwährung gingen die Preise über das Weltmarktniveau hinaus und machten zuerst die neugegründeten Kleinbetriebe, dann aber auch die Großbetriebe konkurrenzunfähig.

Die Ausschaltung der Danziger und deutschen Konkurrenz brachte der jungen polnischen Industrie einige Fortschritte. Wenn auch in Polen keine eigentliche Präzisionsarbeit geleistet wurde, so waren doch Erfolge unverkennbar, umsomehr als die polnischen Industriellen bestrebt waren, deutsche Facharbeiter und deutsche Maschinen zur Einrichtung neuer Betriebe heranzuziehen.

Die unglückliche Abhängigkeit der Danziger Großbetriebe vom Weltmarkt verschlimmerte sich mehr und mehr, und infolge der Geld- und Kreditknappheit, der geringen Preise und ungünstigen Zahlungsbedingungen stieß die Uebernahme von Auslandsaufträgen auf immer größere Schwierigkeiten. Die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes verringerte sich rapid, die Arbeit für die Landwirtschaft ging

über die allernotwendigsten Reparaturen nicht hinaus, der Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen stockte fast gänzlich. Die einzige Ausnahme machte die Elektroindustrie, deren Tätigkeit durch häufige Lohnkämpfe gestört wurde. Durch die Streiks auf der Danziger Werft und in der Eisenbahnhauptwerkstätte im Dezember 1925 wurden 75 % der Belegschaft entlassen, und die Neueinstellungen erstreckten sich über einen langen Zeitraum, ohne daß der alte Stand wieder erreicht wurde. Auch die Elektroindustrie konnte im Jahre 1925 der Werftindustrie und der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen gegenüber ihre Sonderstellung nicht aufrechterhalten.

Von den bis 1923 eingewanderten fremden Arbeitskräften wanderten bis Ende 1925 712 wieder aus. Trotzdem ist die Zahl der Erwerbslosen noch abnorm groß, und die Frage bleibt offen, ob die in Danzig vorhandenen Industriearbeiter, die durch die Zuwanderung der Kriegs- und Inflationszeit vermehrt wurden und die einen größeren Prozentsatz ausmachen, als in Deutschland durchschnittlich, unter normalen Verhältnissen beschäftigt werden können. Denn die einlaufenden Auslandsaufträge und die Bestellungen der polnischen Eisenbahnverwaltung sind schließlich kein Ersatz für die früheren regelmäßigen Staatsaufträge Deutschlands während der Friedenszeit.

Der Dauerzustand der Arbeitslosigkeit spielt gerade in der Metallindustrie eine unheilvolle Rolle. Der Prozentsatz der Erwerbslosen, die länger als 6 Monate ohne Beschäftigung waren, beträgt Mitte Oktober 1926 für Groß-Danzig 18,3 %, der der länger als ein Jahr Beschäftigungslosen 11,8 %, während die entsprechenden Zahlen für die Metallindustrie 35 % und 19,8 % sind.[1])

Eine Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse kann erst wieder erwartet werden, wenn die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes gestiegen ist. Polens Industrie kann den Inlandsbedarf nur teilweise decken, und es gibt im Lande

[1]) Danziger Statistische Mitt. vom 6. 11. 26.

wenig Fabriken, die wirklich erstklassige Halb- und Fertigfabrikate herstellen können. Der Kauf aus dem valutastarken Danzig kommt aber nur in sehr beschränktem Maße in Frage. Die Löhne im Jahre 1926 entsprechen in Danzig ungefähr den Verdienstmöglichkeiten in Mitteldeutschland, sie sind aber höher als in Ostpreußen und übertreffen die Polens um 100%. Für die Schiffswerften speziell ist die Lage der ganzen Weltwirtschaft von Wichtigkeit.

Auch in Deutschland litt die Werftindustrie 1924 und 1925 unter gedrückten Preisen, und wenn man sich dazu entschlossen hatte, Aufträge zu übernehmen, so geschah es meistens nur, um die Belegschaft zu beschäftigen. Im Jahre 1926 gestalten sich die Absatzbedingungen etwas günstiger, sodaß die Danziger Werften, nach äußerlicher Beurteilung, ziemlich zufriedenstellend gearbeitet zu haben scheinen. Irgendwelche zahlenmäßigen Unterlagen sind der Oeffentlichkeit nicht zugänglich, da die Privatwerften zu Bilanzveröffentlichungen nicht verpflichtet sind, und die Danziger Werft als internationales Staatsunternehmen durch ein Ausnahmegesetz von der Publikation ihres Geschäftsberichtes befreit ist.

Eine weitere Besserungsmöglichkeit hängt aber auch teilweise von den einzelnen Unternehmungen selbst ab: Viele schleppen noch technische Unvollkommenheiten mit sich, die sich infolge übereilter Errichtung während der Inflationszeit nicht vermeiden ließen. Die umfangreichen Betriebsrationalisierungen und Kartellierungen in Deutschland seit der Währungsstabilisierung und Deflationskrisis zeigen, daß es möglich ist, Unkostenverminderung und damit Preisreduzierung und Nachfragesteigerung zu erzielen.

Bei der Unkostenverminderung und Konkurrenzfähigkeit spielt in Danzig die Frage eine große Rolle: ob die dortigen Arbeitskräfte an Leistungsfähigkeit hinter denen des westdeutschen Industriegebietes zurückstehen. Es ist sehr schwer, für Danzig diese Frage zu beantworten, da die Herstellung von Massenartikeln, bei denen ein Nachweis

leicht wäre, nicht in Frage kommt. Eine Umstellung nach amerikanischem Muster ist und wird in Zukunft infolge Geldmangels unmöglich sein, denn die Industrie muß warten können, bis sie für ihre Erzeugnisse einen Absatzmarkt erobert hat.

Es ist aber von Friedenszeiten her bekannt, daß z. B. die ehemalige kaiserliche Werft in Danzig infolge der geringeren Leistungsfähigkeit ihrer Belegschaft deutschen anderen kaiserlichen Werften gegenüber mit einem Mehraufwand an Löhnen von 20 % rechnete, und dieser Prozentsatz soll auch heute noch gelten [1]). In allen Betrieben und ganz besonders bei der Heizungsindustrie, in denen man Akkordsätze von Deutschland übernommen hat, muß selbst nach einer gewissen Einarbeitungszeit mit einem Zuschlag von mindestens 10 % gerechnet werden. Aehnliche Erfahrungen sind auch auf der Schichauschen Schiffswerft gemacht worden, auf der man schon rein äußerlich bei Vorarbeitern, die aus dem Westen stammen, eine Ueberlegenheit in der Art ihrer Dispositionen und ihres Auffassungsvermögens erkennen konnte. Die Ursachen für diese geringe Leistungsfähigkeit liegen wohl in dem noch verhältnismäßig kurzen Bestehen der Danziger Metallindustrie, die im wesentlichen erst in den letzten 30 Jahren hochgekommen ist und aus diesem Grunde natürlich eine Tradition wie die westdeutschen Betriebe nicht aufzuweisen hat. Sie sind zum anderen durch die Natur des Arbeitenden bestimmt, der langsam in seinen Bewegungen ist und nicht jene Fähigkeit hat, geistig schnell zu erfassen. Die im Laufe der letzten 40 Jahre zugewanderten Arbeitskräfte stammen hauptsächlich aus der nahegelegenen Kaschubei, dem heutigen Pomerellen und Ostdeutschland. Letzten Endes tut der Alkoholkonsum, der ja in Danzig eine besondere Rolle spielt, das seinige. Man kann aber die Ansicht nicht von der Hand weisen, daß für die Zukunft eine Aenderung möglich ist. Die nachkommenden Generationen verlieren mehr und mehr den ländlichen Einschlag ihrer Vorfahren, der Rhythmus der Großstadt zwingt zum Mithalten, und letzten Endes hat die früher festgestellte hohe

[1]) Nach eigenen Angaben der Danziger Werft.

Auswanderung zur Folge, daß bei veränderter Konjunktur leistungsfähige und brauchbare Kräfte aus Deutschland hereingeholt werden müssen, da der Heimatsbestand an Fachkräften zu schwach geworden ist. Sie fassen nach und nach festen Fuß und heben die Gesamtleistungsfähigkeit des Arbeiterstandes.

Zum Punkte: Kartellierung erhebt sich die Frage, ob es bei der sehr ungünstigen Lage der Werftindustrie angebracht wäre, in Danzig einen Zusammenschluß nach dem Vorbild anderer Industriezweige zu versuchen. Ein Zusammenschluß liegt zwar im Bereich der Möglichkeit, er würde eine gewisse Besserung durch die Ausschaltung der Konkurrenz untereinander in Aussicht stellen. Der Zusammenschluß ist aber ohne jeden Einfluß auf einen der wichtigsten Punkte, nämlich auf die Preisgestaltung. Denn bei der Vergebung von Aufträgen tritt die ganze Welt mit Angeboten auf, wenn nicht gerade aus nationalem Interesse die Arbeit im Lande bleiben soll. Die Preise für Schiffe werden auf dem Weltmarkt nach Ladetons bestimmt, und die Notierungen lagen schon teilweise 20 % unter den deutschen Gestehungskosten. Dieser Prozentsatz war nach Ansicht von maßgebenden Kreisen für Danzig noch um einige Prozent höher. Trotzdem ist es möglich gewesen, die Betriebe aufrechtzuerhalten. Eine Schließung ist ja letzten Endes auch mit Unkosten verbunden, da die Unterhaltung und Verzinsung der Anlagen Kapital kostet, und Rücksichten auf die Angestellten angebracht sind, einmal, weil viele 20 und mehr Jahre im Werke tätig sind, zum anderen, weil eine Entlassung den Nachteil hat, daß man bei steigender Konjunktur eingearbeitete und leistungsfäsige Kräfte entbehren muß. Die Entlassenen sind etweder abgewandert oder haben sich auf andere Berufe umgestellt. Die Danziger Werftbetriebe sind für einen Zusammenschluß zu abweichend voneinander in ihrer ganzen Struktur, in Besitzverhältnissen und Größe. Letzten Endes muß man noch die sehr verschiedenartigen Bedürfnisse der Schiffahrt, die Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit der einzelnen Betriebe berücksichtigen.

Im Herbst 1926 nahmen die Werften infolge einiger größerer Aufträge wieder Neueinstellungen vor. Trotz einer Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe von 1216 Personen im September[1]) wurden Spezialarbeiter verpflichtet. Es handelte sich hauptsächlich um Nieter und Schiffszimmerer. Die Beschäftigung dieser Fachkräfte ist für die Werften mit erheblichen Unkosten verbunden, da einmal die Fahrspesen zu ihren Lasten gehen, zum andern pro Woche 16 Reichsmark an die Familie, die in Deutschland zurückgeblieben ist, zur Unterstützung für die Führung eines doppelten Haushaltes gezahlt werden[2]). Im Jahre 1925 haben viele einheimische Erwerbstätige der Werften, auch Facharbeiter, ihren Beruf aufgegeben und als ungelernte Arbeiter auf den Holzfeldern Beschäftigung gefunden, eine Folge der Lohnverschiedenheiten. Denn im Vergleich zu den Friedensverhältnissen haben gerade die Werftarbeiter bei Lohnerhöhungen am ungünstigsten abgeschnitten. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, wie sich die Durchschnittslöhne der Mittelgruppen einiger Berufsarten für verheiratete Arbeiter mit einem Kind entwickelt haben[3])

	Frieden	1925	Zunahme
Gemeinde- und Staatsarbeiter	0,55 G.	0,93	69 %
Staats-Bahn u. Hafenausschuß	0,49 G.	0,94	91,8%
Elektrische Straßenbahnen	0,50	0,93	86,0%
Hafen- u Kaiarbeiter	0,74	1,25	68,9%
Baugewerbe	0,79	1,46	84,8%
Tischler	0,68	1,29	99,7%
Elektromonteure	0,73	1,32	80,8%
Malergewerbe	0,73	1,34	83,5%
Arbeiter a. d. Holzfeldern	0,69	1,00	44,9%
Danziger Werft und Eisenbahn-Hauptwerktstätten	0,63	0,85	34,9%

[1]) Auszug aus den Monatsbericht d. Arbeitsamtes 9. 26.
[2]) Nach Angaben der Danziger Werft.
[3]) Danziger Staatshandbuch Kap.: Statistik S. 213.

Die letzten Bemühungen des Arbeitsamtes gehen deshalb darauf hinaus, nicht nur den letzten Arbeitgeber und damit eine Berufszugehörigkeit des Arbeiters festzustellen, sondern auch die vorangegangenen Arbeitsstellen zu erfassen. Diese Untersuchungen werden den Vorteil haben, daß das Amt über die tatsächliche Berufszugehörigkeit genauer orientiert wird und dann zwangsmäßig die Rückkehr zum ehemaligen Tätigkeitsgebiet erreichen kann. Man hat dadurch eine neue Möglichkeit, allmählich vom Auslande loszukommen und in vielen Fällen das Mißverhältnis zwischen Erwerbslosenunterstützungssätzen und Lohnhöhe zu mildern.

5. Abschnitt.

Die anderen Industriezweige.

Nach der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie gehört die chemische Industrie zu den ältesten in Danzig. Der Friedensschluß hatte auch hier einen Rückschlag gebracht, und infolge der gegenwärtigen ungünstigen Lage der Landwirtschaft war eine Umstellung auf den Export notwendig. Facharbeiter der chemischen Industrie sind aber nach dem Kriege nie wirklich arbeitslos gewesen. Das Angebot an Arbeitskräften für die neugegründeten Seifen- und Parfümfabriken war schwach, da die Industrie in den Augen der Danziger Arbeiter noch etwas Fremdartiges war. Die Schwierigkeiten des Absatzes in Polen haben manche Firma der chemischen und auch der Seifen- und Parfümeriebranche zum Konkurs gebracht, andere wie z. B. die Odolwerke zur Auswanderung veranlaßt.

Die Industrie der Steine u. Erden zeigt gegen die Vorkriegszeit einen erheblichen Rückgang an Erwerbstätigen. Während 1907 noch 1809 im Berufe arbeiteten, verminderte sich ihre Zahl 1923 auf 590. Von 100 Beschäftigten waren im Freistaat 1907 1,25 und 1923 0,34

bei diesem Industriezweig tätig, das bedeutet also eine Verminderung um fast 73% [1]). Steinhauer und Steinmetzen waren daher immer gut beschäftigt, sodaß man von einer Arbeitslosigkeit nie reden konnte. Nach Einstellung des Kohlenmangels arbeiteten auch die Ziegeleien günstig.

Die Spinnstoffindustrie gehört zu jenen Beschäftigsmöglichkeiten, die erst seit der Konstituierung des Freistaates in Danzig heimisch wurden. Denn infolge der hohen Zollsätze für Textilwaren erschien die Errichtung von Trikotwebereien und Tuchfabriken vorteilhaft. Sie arbeiteten nur mit einigen Facharbeitern aus Deutschland, stellten sonst ungelernte Danziger Kräfte zum Anlernen ein und waren immer, wie auch die Zellstoff- und Papierindustrie, verhältnismäßig gut mit Aufträgen versehen.

Die Sprit- und Zündholzfabriken mußten in der Nachinflationszeit sehr häufig mit der Arbeit aussetzen, da die großzügigen Einrichtungen Danziger Firmen durch die Einführung des polnischen Monopols auf Sprit am 4. Oktober 1924 und auf Streichhölzer am 1. Oktober 1925 für den Absatz nach Polen überflüssig wurden.

6. Abschnitt.
Das Handwerk.

Alle weiter oben dargestellten äußeren Ursachen der schlechten Wirtschaftslage übten naturgemäß auch auf den Arbeitsmarkt des Handwerksgehilfen ihren nachteiligen Einfluß aus. Die Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeit zeigt ähnliche Tendenzen wie die der Industrie. Eine wesentliche Konkurrenz und damit eine Beeinträchtigung des Handwerks durch die Großindustrie findet in dem kleinen Freistaat nicht statt. Berührungspunkte sind kaum vorhanden, da die Betätigung der letzteren auf anderen

[1]) Zahlen aus den Ergebnissen der Berufszählung 1907 und 1923.

Gebieten liegt. Es gibt keine größeren Unternehmen, wie z. B. Schuhfabriken etc., die dem einzelnen Meister sein Tätigkeitsfeld schmälern, und die vorhandenen großen Firmen (das Hoch- und Tiefbaugeschäft von Fey und die erste Möbelfabrik in Danzig von H. Scheffler, die über 100 Personen beschäftigt) gehören dem Handwerkerstande an. In der Organisation des Lehrlingswesens und in den Prüfungsverordnungen besteht zwischen Handwerk und Industrie weitestgehende Anlehnung.

Während des Krieges hatte sich die Zahl der im Handwerk tätigen Meister, Gesellen und Lehrlinge vermindert, da neben der Einberufung zum Heeresdienst viele durch das Hilfsdienstgesetz verpflichtet waren, in Kriegsbetrieben Arbeit zu leisten. Solange das Handwerk Gelegenheit hatte, Heereslieferungen zu tätigen, war die Situation günstig; die Nachfrage nach gelernten und ungelernten Kräften konnte bis zur Revolution nie befriedigt werden. Durch den Abschluß des Friedensvertrages war der Mangel an Arbeitskräften behoben, und in einigen Branchen herrschte selbst ein Ueberangebot. Mit zunehmender Markverschlechterung und der damit verbundenen sinkenden Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes wurde es schwieriger, Aufträge hereinzubekommen, da die geregelte Zufuhr von Rohmaterialien versagte, die Betriebsmittel nicht mehr in dem erforderlichen Maße zur Verfügung standen, und die Preise und Löhne stiegen. An eine Errichtung von neuen Betrieben und dadurch an eine Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten war nicht zu denken.

Durch die Abtrennung wurde die Lage wesentlich verschlimmert, denn das Handwerk war auf das Ausland angewiesen, um seine Erzeugnisse absetzen zu können. Während vor der Abtrennung die Preise schon durch die gesunkene Arbeitsintensität, die auf 8 Stunden verminderte Arbeitszeit gestiegen waren, trugen die Markverschlechterung und die Ein- und Ausfuhrzölle das ihrige zu einer weiteren Erhöhung bei. Die allgemeinen Geschäftsunkosten

waren in den verschiedenen Handwerken durchschnittlich um 100% gestiegen. Die unvermeidlichen Arbeitskämpfe machten eine genaue Kalkulation und feste Preisvereinbarungen unmöglich, da die Streiks immer dann auszubrechen pflegten, wenn größere Aufträge abgeschlossen waren. Eine Ausnahme bildeten das Tischlergewerbe und besonders das Baugewerbe, das durch die erhöhte Bautätigkeit gut beschäftigt war.

Die Zeit des Währungsverfalles war für das Handwerk noch unheilvoller als für die Industrie, da diese im Falle einer Steigerung der Löhne und Materialkosten Vorbehalte in ihren Lieferbedingungen hatte. Das Handwerk dagegen paßte seine Preise aus Mangel an voller Erfassung der Situation und teilweise nach anzuerkennenden alten Grundsätzen, die aber auf die Zeit der Valutaverschlechterung unanwendbar waren, nur langsam der Geldentwertung an.

Durch die Umstellung auf Goldrechnung trat eine Besserung ein: eine übersichtliche Kalkulation war wieder möglich geworden. Die Inflationsverluste hatten aber einen derartigen Umfang angenommen, daß das Kapital bis zu einem Bruchteil zusammengeschrumpft war und kaum noch zur Beschaffung von Rohmaterialien zur Erledigung der eingelaufenen Aufträge ausreichte. Besonders von kleinen Unternehmen wurden teilweise Vorauszahlungen gefordert, weil sie nur so ihren Arbeitsbetrieb wieder in Gang bekommen konnten. Durch die Aufhebung der Zollgrenzen trat keine Besserung ein. Die im Laufe des Jahres 1925 einsetzende Verschlechterung der polnischen Valuta verringerte auch den so wichtigen Absatz nach Polen, da einerseits die Löhne der beiden Nachbarstaaten erheblich voneinander abwichen, andererseits die polnischen Betriebe der durch die verminderte Kaufkraft geschwächten Nachfrage genügen konnten. Am ungünstigsten wirkte sich die Krisis für das Luxusgewerbe infolge der Geldknappheit und der Armut der breiteren Volksschichten aus. Die Not-

wendigkeit der Preisminderung wird jetzt dadurch unterstützt, daß die Luxussteuer in Höhe von 10% nach dem Vorbilde Deutschlands in Wegfall kommen wird.

Die ganze Entwicklung des Handwerks in der Gegenwart hat eine unverkennbare Umgestaltung durchgemacht. Durch die Bedürfnisse der Zeit und durch die Fortschritte auf dem Gebiete der Erfindungen bedingt, hat eine Verschiebung des Schwerpunktes stattgefunden. Im Juli 1924 arbeiteten nur noch zwei handwerksmäßig betriebene Seifensiedereien, und von dem ehemals zahlreichen Handwerk der Handschuhmacher und Schirmmacher war nur ein einziger Meister übrig geblieben.[1]) Eine ähnliche Erscheinung zeigt sich bei dem einst so verbreiteten Müllereigewerbe, das seine Blüteperiode in der Zeit der Zwangswirtschaft gehabt hatte. Heute geht die Tendenz dahin, daß einige große Betriebe die Verarbeitung übernehmen, und daß die Landwirtschaft durch die mehr und mehr fortschreitende Elektrifizierung ihren Bedarf in eigenen Mühlen herstellt. Dagegen weist Danzig 42 Elektroinstallationsbetriebe und 20 photographische Ateliers auf.

Während 1920 im freistaatlichen Handwerk fast 9000 Meister, Gesellen, Lehrlinge und sonstige Angestellte in 3600 selbständigen Betrieben tätig waren, stieg ihre Zahl 1921 auf 13563 (4212 Betriebe), erreichte 1922 den Höhepunkt mit 14796 (4948 Betriebe) und fiel 1925/26 auf 1.713 (4657 Betriebe), d. h. von den 173000 im Freistaat erwerbstätigen Personen waren 1922 rund 9% und 1925/26 rund 7,5% im Handwerk tätig.[2])

Die Klagen über die heutige Entlassung von Gesellen und besonders von Lehrlingen nach beendigter Lehrzeit finden ihre Bestätigung in dem Vergleich der Zahlen der Beschäftigten: während 1925/26 die Zahl der Gesellen von 5088 auf 4715 um 373 oder um 7,3% gegen das Vorjahr

[1]) Auszüge aus den Akten der Handwerkerkammer.

[2]) Berechnungen auf Grund der Zahlen der Handwerkerkammer, die in eigener Zeitschrift veröffentlicht worden sind.

(bei einer Abnahme der Betriebe von 4772 auf 4657 um nur 115 oder um 2,4% zurückging, vergrößerte sich der Bestand an Lehrlingen von 3078 auf 3341 um 263 oder um 8,5%.[1])

7. Abschnitt.

Insbesondere das Baugewerbe.

Das Baugewerbe weist von den Handwerksbetrieben des Freistaates die meisten Beschäftigten auf. Die Entwicklung seines Arbeitsmarktes soll einmal aus diesem Grunde, zum andern weil es das markanteste Saisongewerbe ist, besonders untersucht werden.

Infolge der Kapitalknappheit und unbestimmten politischen Lage konnte kurz vor der Abtretung eine wesentliche Bautätigkeit garnicht in Frage kommen. Am Anfang des Jahres 1921 machte sich der Mangel an fast allen Baumaterialien unangenehm bemerkbar; eine lebhafte Bautätigkeit wäre aber auch im entgegengesetzten Falle nicht eingetreten, da eigentlich nur noch einige Genossenschaften mit Unterstützung des Staates oder der Gemeinden Aufträge erteilen konnten. Im September 1921 bewilligte die Stadt Danzig 30 Millionen Mark zur Linderung der Wohnungsnot,[2]) sodaß für das Jahr 1922 eine wachsende Entlastung des Arbeitsmarktes zu erwarten war. Die Beschäftigungsmöglichkeit stieg in der Tat schon gegen Ende 1921 derart, daß man Maurer aus Polen zur Unterstützung heranziehen mußte. Sämtliche freistaatlichen Baubetriebe waren mit Aufträgen reichlich versehen; von einer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe konnte daher eigentlich nur in den ersten beiden, für die Bautätigkeit unbrauchbaren Monaten des Jahres 1922 gesprochen werden.

[1]) Berechnungen auf Grund der Zahlen der Handwerkerkammer, die in eigener Zeitschrift veröffentlicht worden sind.

[2]) Nach Angaben des Facharbeitsausschusses.

Zahlreiche größere und kleinere deutsche und polnische Banken errichteten in Danzig Niederlassungen und nahmen auf den von ihnen erworbenen Grundstücken vollständige Umbauten vor. Da die vorhandenen Räume in fast allen Fällen für die Abwicklung eines schnellen Verkehrs mit dem Publikum nicht ausreichten, wurden mehrere Häuser zusammengezogen. Derartig weitgehende Umbauten gewährten eine Beschäftigung von mehreren Monaten.

Schon im März begannen die Siedlungsbauten der Stadt, zu denen die Mittel im Vorjahre bereitgestellt worden waren. Die Bauarbeiter, die Ende des Jahres 1921 aus dem Auslande nach Danzig gekommen waren und den Winter über in ihre Heimat zurückkehren mußten, konnten mit dem Beginn günstiger Witterungsverhältnisse wieder zurückkehren. Man schätzt ihre Zahl im Laufe des Jahres 1922 auf ca. 300[1]). Eine besonders große Nachfrage bestand nach Maurern, Malern, Tischlern, Zimmerern und Stellmachern.

Wenn auch in den anderen Zweigen des Arbeitsmarktes infolge der günstigen Konjunktur keine wesentliche Arbeitslosigkeit herrschte, war es doch immerhin angebracht, sich nach einer Möglichkeit umzusehen, diese ausländischen Arbeitskräfte durch einheimische zu setzen. Der Fachausschuß für das Bau- und Holzgewerbe veranstaltete daher Umschulungskurse von Bauhilfsarbeitern zu Bauhandwerkern. Die Umschulungskurse sollten am 1. April und 1. Juli beginnen, und den Bestand an Bauhandwerkern nach einer Ausbildungszeit von einem Jahr um ca. 80 vermehren.

Der Streik der Weichselholzarbeiter am 12. Oktober 1923, der auch den Betrieb im Hafen ungünstig beeinflußte, schränkte die Tätigkeit des Baugewerbes nur vorübergehend ein. Erst der Winter 1923 brachte eine wesentliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

[1]) Nach Angaben des Facharbeitsnachweises für das Baugewerbe.

Im ersten Jahre der Währungsstabilisierung lag die private Bautätigkeit fast vollständig lahm. Seitdem spielt auch hier die Arbeitslosigkeit eine große und dauernde Rolle. Zur Linderung der Wohnungsnot konnte vom Staate aus nichts unternommen werden, und nur die größeren Bauausführungen des Senats und des polnischen Staates brachten eine leichte Belebung. Der Senat baute in Bölkau das Radaunekraftwerk, das einigen hundert Menschen Arbeit bot, und der polnische Staat den ihm durch den Völkerbund zugesprochenen Munitionshafen auf der Westerplatte, im Danziger Staatsgebiet. Dieses letztere Werk sollte innerhalb eines halben Jahres fertiggestellt werden und aus diesem Grunde wurde zeitweilig in drei Schichten gearbeitet.

Wie auf allen anderen Tätigkeitsgebieten, so trugen auch beim Baugewerbe die häufigen Streiks wegen Lohndifferenzen zur Verschlechterung der Lage bei. Am 9. Juli 1924 brachen 24 Teilstreiks aus, und am 15. Juli erfolgte die Gesamtaussperrung, die bis Ende August 1924 anhielt. Wie im Jahre 1924, so standen auch im Jahre 1925 die Bauten in Bölkau und auf der Westerplatte im Mittelpunkt des Interesses, und zu ihnen gesellte sich noch der große Bau der allgemeinen Ortskrankenkasse. Außerdem wurden mit Hilfe der Wohnungsbauabgabe neue Wohnräume geschaffen, sodaß nach Angaben des Senats, Abteilung öffentliche Arbeiten, 1925 Danzig um 500 neue Wohnungen reicher wurde[1]).

Wenn man die Bautätigkeit der letzten Jahre mit der der Friedenszeit vergleicht, so ist eine ganz erhebliche Abnahme eingetreten. Während in den Jahren 1910 - 12 durchschnittlich 856 Wohnungen neu gebaut wurden, blieb die Bautätigkeit 1921 um 43,3 %, 1922 um 79,8 %, 1923

[1]) Zahlenmaterial nach Angaben des Danz. Stat. Landesamtes.

um 65,8%, 1924 sogar um 73,4% und 1925 auch noch um 38,3% hinter dieser Zahl zurück[1]).

Diese Abnahme der Bautätigkeit gegen die Friedenszeit tritt andererseits auch in den Zahlen der Erwerbstätigen in Erscheinung. Während in der Stadt Danzig im Jahre 1907 5428 Personen im Baugewerbe tätig waren, betrug sie 1923 nur 4344; von hundert Erwerbstätigen waren 1907 7,23 und 1923 4,39 in diesem Berufe tätig[2]). Trotz dieser verhältnismäßig nicht zu hohen Zahl der Erwerbstätigen ist das Baugewerbe im Juni 1926 an der Summe der Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre ohne Beschäftigung waren, prozentual am stärksten beteiligt und zwar mit 21,9% [3]).

Lohnverhältnisse und Erwerbslosenfürsorge sind beim Bauhandwerk wie bei allen anderen Saisongewerben ein besonderes Kapitel. Seit dem 15. Juli 1925 gelten im Freistaat für das Bauhandwerk folgende Tarife:[4])

Polier 1,80 G., Werkmeister 1,60 G., Maurer 1,44 G., Zementarbeiter 1,39 G., Bauhilfsarbeiter 1,32 G., Erdarbeiter 1,28 G., Jugendliche von 15—17 Jahren 0,58 G., Jugendliche unter 15 Jahren 0,46 G.

Demgegenüber zahlt die Danziger Werft als größtes Industrieunternehmen an einen verheirateten Vorhandwerker

[1]) Die Darstellung der Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in der Stadt Danzig zeigt nach den Jahresberichten des Stat. Amtes folgendes Bild:

1910:	97 Häuser	mit 876	Wohnungen	
1911:	123 „	„ 845	„	
1912:	115 „	„ 846	„	Durchschnitt 856 W.
1921:	69 „	„ 485	„	56,7%
1922:	56 „	„ 173	„	20,2%
1924:	42 „	„ 228	„	26,6%
1925:	132 „	„ 538	„	61,7% d. Friedensdurchschnittes

Durchschnitt: 343 W. oder 40,1% d. Friedensdurchschnittes.

[2]) Nach dem Ergebnis der Berufszählung 1907 u. 23.

[3]) Danz. Stat. Mitt. vom 6. 11. 26.

[4]) Auszüge aus den Akten des Lohnamtes.

mit Frau und Kind 1,005 G., an einen Handwerker mit denselben Familienverhältnissen 0,975 G., an angelernte Arbeiter 0,89 G. und ungelernte Arbeiter 0,8325 G. Die Lohndifferenz beträgt also bei den Vorhandwerkern 40,9%, bei den Handwerkern 31,4%, bei angelernten Kräften 32,6% und bei ungelernten 35%.

Es ist nicht verständlich, weshalb für Bauarbeiter nach Saisonschluß dieselben Unterstützungssätze gelten wie für andere Kräfte; denn man muß berücksichtigen, daß, wie in der Friedenszeit, auch jetzt noch in der Lohnhöhe der Zeit der Ruhe Rechnung getragen ist.

8. Abschnitt.
Die Landwirtschaft.

Die Wichtigkeit der Landwirtschaft für den Freistaat geht daraus hervor, daß von den 385 000 Einwohnern rund ein Fünftel auf dem Lande leben [1]). Im November 1923 waren von 173 319 Erwerbstätigen 32 329 in der Landwirtschaft tätig, d. h. von je 100 Erwerbstätigen lebten 18,65 von der Landwirtschaft. (27,4 von Handel und Verkehr und 28,6 von Industrie und Handwerk).

Die im Freistaate ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen zwang dazu, nach einem Betätigungsfeld für die Massen zu suchen; es ist verständlich, wenn unter diesem Druck der alte Versuch erneut aufgenommen wurde, Arbeitslose der Stadt auf das Land zu schicken. In weiten Kreisen wurde dieser Plan auch schon aus dem Grunde als gerechtfertigt hingenommen, als in jedem Sommer Tausende von polnischen Saisonarbeitern zur Unterstützung herangezogen werden mußten. Im Jahre 1925 z. B. arbeiteten mit Genehmigung des Senats, Abteilung Landwirtschaft und Domänenverwaltung 10 230 fremde Saisonarbeiter im Freistaat und zwar: [2])

[1]) Auszüge aus der Zusammenstellung des Danziger Stat. Amtes über die Berufszählung 1923.

[2]) Aus dem Jahresbericht 1925 des Arbeitsamtes.

1090 im Kreise Danziger Höhe
2150 „ „ „ Niederung
6990 „ „ Großes Werder

10230

gegen 9073 im Jahre 1924.

Der bedeutende Aufschwung der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts veranlaßte anstelle der Auswanderung nach Amerika eine Wanderung vom Lande in die Großstädte und Industriezentren. Die hohen Barlöhne, die Arbeit für das ganze Jahr und die durch die feste Arbeitszeit unabhängige und selbständige Lebensweise waren besonders für die jüngeren Bevölkerungsteile Anziehungsmittel genug. Das Streben nach sozialem Vorwärtskommen schien in den Städten leichter befriedigt werden zu können. Das Elend der Arbeitslosigkeit der letzten Jahre hat den Betroffenen die Genüsse der Großstadt verschlossen. Versuche, diese im Augenblick überzähligen Arbeitskräfte dem Lande wieder dienstbar zu machen, waren in Deutschland kurz nach der Revolution unternommen worden; sie haben aber nur bescheidene Erfolge gezeitigt. Sachsen-Anhalt bildete wohl die einzige bekannte Ausnahme. In Danzig scheiterten diese Pläne an dem Widerstande beider Parteien. Schon im Jahre 1919 hatte man versucht, Erwerbslose zur Kartoffelernte nach Westpreußen und Pommern zu schicken. Sie kamen fast alle nach ganz kurzer Zeit wieder zurück. Die Danziger Landwirtschaft, die hauptsächlich Hackbau treibt, beschäftigt einen erheblichen Teil weiblicher Arbeitskräfte, die ihre Arbeiten korrekt ausführen, leistungsfähig sind, und, was bei dem heutigen niedrigen Stande der Hackfruchtpreise sehr wesentlich ist, billig arbeiten. Während des Krieges war eine Abwanderung der Arbeiterinnen in die Stadt nach einer Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos von der schriftlichen Genehmigung des Landrats abhängig.

Die in den drei Landkreisen vorhandenen Arbeitslosen sind hauptsächlich für die Getreideernte, das Dreschen und sonstige Herbstarbeiten geeignet. Die Beschäftigung städtischer Erwerbsloser auf dem Lande ist aus verschiedenen Gründen gescheitert: einmal an den mangelnden Unterkunftsverhältnissen, zum anderen wegen der in Stadt und Land sehr verschiedenen Löhne und endlich infolge der im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Löhnen zu hohen Erwerbslosenunterstützungssätze der Industriearbeiter.

Die für die Unterbringung ausländischer Saisonarbeiter eingerichteten Schnitterkasernen genügen im allgemeinen den Bedürfnissen der Stadtbewohner in keiner Beziehung, und ein Bau von Familienwohnungen kommt nicht in Frage, da die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse der Landwirtschaft und die Gutsgröße eine derartige Erweiterung des Gebäudekomplexes nicht gestatten. Die Besitzungen des Großen Werders, die hauptsächlich für Zuckerrübenbau in Frage kommen, sind zum großen Teil 2 bis 3 Hufen groß. Die Danziger Landwirtschaft kennt keine wesentliche Erwerbslosigkeit und wenn in den einzelnen Gemeinden arbeitslose Landarbeiter anzutreffen sind, so ist die Ursache darin zu suchen, daß die Besitzer die sich ihnen anbietenden Kräfte wegen der geringen Qualität und teilweise wegen der radikalen politischen Einstellung ablehnen. Aus diesen Gründen läßt es sich auch nicht vermeiden, daß ausländische Arbeiter auch dann schon herangezogen werden, wenn noch im Inlande unbeschäftigte Kräfte vorhanden sind.

Da die Danziger Landwirtschaft mit ihren Lohnverhältnissen an und für sich ungünstiger da steht, als ihre großen Nachbarn, kann die Zahl der beschäftigten Saisonarbeiter nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Preise für landwirtschaftliche Produkte sein. Während in Deutschland der Reichsdurchschnittsstundenlohn für landwirtschaftliche Spitzenlohnempfänger (Barlohn und Deputat) 44,75

Danziger Pfennige beträgt, werden in den Landkreisen des Freistaates folgende Sätze gezahlt: [1])

	Bar	Deputat	Zus.
Landkreis Danziger Höhe	9,12 P	30,50 P	39,62
„ „ Niederung	12,75 P	32,25 P	46,00
„ Großes Werder	11,95 P	38,05 P	50,00

oder ein Durchschnitt von 45,20 P pro Stunde.

Mit Rücksicht auf die äußerst niedrigen Löhne der polnischen Saisonarbeiter im Freistaat, die zwischen 1,50 G. und 2,50 G. pro Tag schwanken, muß die Bezahlung in Polen noch ungünstiger sein, da im anderen Falle Danzig keinen Reiz zur Arbeit bieten würde. Die nachfolgenden Zahlen zeigen die Lohnsätze in Polen in Danziger Pfennigen umgerechnet:

	Bar	Deputat	Zus.
Groß-Polen: Deputanten	4,12 P	16,88 P	21,00 P
Häusler	5,57 P	11,13 P	16,70 P
Posen:	4,56 P	16,44 P	20,00 P
Pommerellen:	4,74 P	15,26 P	21,00 P

oder ein Durchschnitt von 19,67 P pro Stunde.

Vergleicht man in diesem Zusammenhang die in der Industrie gezahlten Löhne mit den obigen Zahlen, so werden die Schwierigkeiten dieser Art der Arbeitsvermittlung noch deutlicher. Der Durchschnittslohn der gelernten und ungelernten Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Arbeiter der Straßenbahn und des Hafenausschusses, der Danziger Werft, des Troylwerks, des Handwerks, der Hafenarbeiter, der Speditions- und Holzarbeiter beträgt 1,10 G. bei einem Minimumsatz von 0,75 G. für Speditionsarbeiter und einem Maximumsatz von 1,80 G. für Spitzenarbeiter des Baugewerbes.[2]) Der Durchschnittslohn der Danziger Landarbeiter der drei Kreise beträgt demnach nur 41% der gelernten Kräfte und 49,6% der ungelernten. Während

[1]) Statistisches Material aus den Danziger Neuesten Nachrichten vom 1. September 1926.

[2]) Berechnungen nach Angaben des Danziger Lohnamtes.

man in städtischen Betrieben zum größten Teil an die vorhandenen Tarifverträge anknüpft, kennt man in den Landkreisen Danziger Höhe und Großes Werder Arbeitnehmergruppen, d. i. ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Tarifverträge des Kreises Danziger Niederung wurden 1925/26 von den Arbeitgebern gekündigt, um ein neues, individuelleres Lohnsystem einzuführen. Nach Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuß konnte man sich dahin einigen: der Manteltarif bleibt bestehen, nur die Barlohnverhältnisse sind veränderlich. Der alte Tarif sollte nach Möglichkeit nicht zu weit unterboten werden. Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß die recht erhebliche Differenz zwischen den Löhnen der Landwirtschaft und der Industrie, die ja in den letzten Jahrzehnten ein sehr ausschlaggebender Faktor für die allgemeine Landflucht war, mit eine Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist.

Neben diesem Mißverhältnis der Löhne nehmen letzten Endes die hohen Erwerbslosenunterstützungssätze der Industriearbeiter der landwirtschaftlichen Tätigkeit jeden Reiz; Landarbeiter, die vorübergehend in der Industrie Beschäftigung gefunden hatten, erhielten nach der Entlassung aus ihren Betrieben die Unterstützungssätze für Industriearbeiter, ohne Rücksicht darauf, daß sie in den meisten Fällen zu ihren Angehörigen in die Landkreise zurückkehrten, in denen die Lebensbedingungen wesentlich günstiger waren, als in der Stadt. Während ein verheirateter Industriearbeiter mit einem Kind 3,10 G. Erwerbslosenunterstützung bezieht, mit größerer Familie bis 4,60 G. pro Tag, verdient ein Landarbeiter in der Erntezeit bis 3,55 G., danach 3,25 G. [1]). DieFolge hiervon ist, daß die Landarbeiter sehr schwer zu bewegen sind, in ein Deputantenverhältnis auf ein Jahr einzutreten, da jeder es

[1]) Erwerbslosenunterstützungssätze nach Angaben des Erwerbslosen-Fürsorgeamtes der Stadt Danzig.

vorzieht, den hohen Erntelohn zu verdienen und nach Ablauf der Saison Erwerbslosenunterstützung zu beziehen. Das Ergebnis muß sein, daß an Stelle des seßhaften landwirtschaftlichen Arbeiters der Gelegenheitsarbeiter tritt.

In Deutschland ist oft die Frage untersucht worden, ob man sich nicht gänzlich von den alljährlich wiederkehrenden Saisonarbeitern befreien könnte. Die parallel mit der Industrialisierung Deutschlands gehende Intensivierung der Landwirtschaft hatte naturgemäß einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften zur Folge, und die Vermehrung des Hackfruchtbaues brachte den Saisonbetrieb und mit ihm die jährlich wiederkehrenden Saisonarbeiter. Der Danziger Rübenbauer kann auf diese ausländischen Hilfskräfte nicht verzichten. Sie haben sich im Laufe der Jahre zu brauchbaren Fachkräften herangebildet, die den Bedingungen der erforderlichen Qualitätsarbeit genügen. Wie sehr die Landwirtschaft von Saisonarbeitern abhängig ist, geht daraus hervor: als im Jahre 1922 die polnische Mark zum Dollarkurs günstiger beurteilt wurde, als die deutsche Mark, drohte durch den stark verminderten Zuzug fremder Kräfte, die es vorzogen, die Konjunktur in Polen auszunutzen, eine Schädigung der Ernte. Erst die Anpassung an die auswärtigen Lohnverhältnisse half über diese Schwierigkeit hinweg. Im Jahre 1926 beabsichtigte das Arbeitsamt städtische Erwerbslose als Ersatzkräfte für die Saisonarbeiter auf das Land zu vermitteln. Aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollte den Landwirten, die sich bereit erklärten, die ihnen zugewiesenen Kräfte auszubilden, für die ersten Wochen Zuschüsse gewährt werden. Diese Gedanken kamen aber nicht zur Ausführung, denn die Pläne wurden von der Landwirtschaft heftig angegriffen. Die Landwirtschaft konnte nur eingearbeitete Kräfte gebrauchen, da ihre Tätigkeit vom Wetter abhängt und schnelle Arbeit wesentlich ist, um die günstige Witterung auszunutzen. Die Lebensgewohnheiten der Stadt- und Landbewohner,

ebenso ihre Bedürfnisse sind zu verschieden voneinander, die körperliche Konstituierung weicht stark ab und paßt sich nur schwer den klimatischen und Witterungsverhältnissen an, denen der Beschäftigte tagsüber ausgesetzt ist. In den Arbeiterkreisen der Stadt wird die ländliche Tätigkeit und ihre verschiedenartigen Anforderungen stets unterschätzt. Neben dem alten Gegensatz zwischen Stadt und Land ist das politische Moment von Wichtigkeit. Man wird vielfach die Ansicht vertreten finden, daß die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte nur wegen der geringen Löhne und der Anspruchslosigkeit geschieht. „Lohndrücker" einerseits und „gewinnsüchtige Ausbeuter" andererseits sind die Schlagworte, mit denen die Sachlage kritisiert wird. Die Lösung des Landarbeiterproblems ist auch für Danzig eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung der kranken Wirtschaft.

Die weiter oben angeführte Vorzugsstellung der polnischen landwirtschaftlichen Produktion durch die dortigen niedrigen Löhne beeinflußt natürlich stark die Gestaltung der Preise und Löhne im Freistaat. Während auf anderen Erwerbsgebieten die Möglichkeit gegeben ist, die Mehrbelastung auf ihre Erzeugnisse abzuwälzen, muß die Landwirtschaft auf dieses Hilfsmittel verzichten, da sie auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Preise keinen Einfluß hat. Der beherrschende Faktor der polnischen landwirtschaftlichen Produktionskosten hat weiter zur Folge, daß das Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und denen der landwirtschaftlichen Betriebsmittel im Freistaat noch krasser ist, als im Deutschen Reiche. Ein Vergleich der gegenwärtigen Preisverhältnisse mit denen der Vorkriegszeit zeigt folgendes Bild:[1])

[1]) Notierungen der Danziger Neuesten Nachrichten vom 1. September 1926.

Sommer 1926: (Frieden = 100)

Bekleidung	250	Kälber	70
Handwerker	235	Roggen	95
Mauerwerk	200	Kartoffel	98
Frachten	150	Weizen	115
Eisen	130	Schweine	125
Dünger	120		

Neben diesen Preisunterschieden spielen die gesteigerten sozialen Abgaben eine wesentliche Rolle. Während vor dem Kriege $4^1/_2$—$4\,\%$ des Landarbeiterlohnes für die Sozialversicherung ausreichten, müssen heute 10 und $12\,\%$ aufgewandt werden.[1])

9. Abschnitt.

Der Beamtenabbau.

Durch den im Rahmen eines Sparprogramms vom Senat durchgeführten Beamtenabbau erfuhr der Arbeitsmarkt eine weitere recht bedeutende Belastung. Während der Inflationszeit konnte infolge der sich häufenden Arbeit eine Entlassung nicht in Frage kommen. Im Jahre 1923 erreichte der öffentliche Dienst eine Höchstzahl von 11 690 Beamten; an dieser Summe war der Staat mit 9343, die Stadtgemeinde mit 1689 und die Körperschaften mit 658 Personen beteiligt.[2]) Die Einführung einer festen Währung brachte eine wesentliche Vereinfachung der Abwicklungstätigkeit der einzelnen Stellen mit sich, und durch den Beamtenabbau verminderte sich die Zahl der Beamten von 11690 im Jahre 1923 auf 9141 im Jahre 1926 oder um $21{,}8\,\%$[3])

[1]) Nach Angaben des Wohlfahrtsamtes der Stadt Danzig.

[2]) Aus dem Bericht des Völkerbundes über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Freistaates.

[3]) Aus der Denkschrift des Senats, veröffentlicht in der Tagespresse im September 1926.

Beamtenabbau:	1923	1926	Abnahme um
Freistaat:	9343	7163	23,33%
Stadtgemeinde:	1689	1400	17,12%
Körperschaften:	658	578	13,68%
Zusammen:	11690	9141	21,80%

An dieser Entlastung war die Finanzverwaltung prozentual am höchsten beteiligt, da ihr Betrieb während der Inflation sehr stark aufgebläht war. Die Steuer schränkte sich um 47,5% ein[1]), und die Zollverwaltung um 38%. An letzter Stelle stand die Verwaltung der Kulturaufgaben: die Schule mit 7,8%[1]). Die Hansastädte Hamburg, Lübeck und Bremen, die ja auf ähnlicher Grundlage arbeiten, wie die Freie Stadt Danzig, haben einen um 20-44% größeren Beamtenapparat. Man darf bei dieser Gegenüberstellung nicht vergessen, daß bei der Bedeutung, dem Reichtum und den Einkommenverhältnissen der Hansasädte eine derartige Mehrausgabe Danzig gegenüber gerechtfertigt ist.

[1]) Aus der Denkschrift des Senats, veröffentlicht in der Tagespresse im September 1926.

III. Schlußbetrachtungen.

Die Darstellung der Entwickelung der Arbeitsmarktsverhältnisse in Danzig hat gezeigt, wie abhängigig der Freistaat in den sechs Jahren seines Bestehens von Deutschland und besonders von Polen war, und wie sein Wirtschaftsleben an das Auf und Nieder seiner Nachbarn gebunden war. Eine Wirtschaftskrise herrscht zwar in fast allen Staaten Europas, die ganze Produktionstätigkeit hat sich zugunsten Amerikas verschoben, und alle Staaten, die direkt unter der Inflation gelitten haben, und die, deren Entwicklung durch das Dumping der scheinbar Begünstigten behindert wurde, können sich erst langsam wieder erholen.

Es ist eine eigenartige Tragik, daß Danzig, in der Vorkriegszeit mit den besten Aussichten versehen, heute als selbständiges Gebilde keine Möglichkeit hat, aus eigener Kraft eine Aenderung seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit herbeizuführen. Die einzige Möglichkeit, die es gibt, sich einigermaßen Erleichterung zu schaffen, besteht darin, durch Sparsamkeitsmaßnahmen über die Zeit des Arbeitsstillstandes hinwegzukommen. Der Weg zur Besserung kann durch Hereinholung ausländischer Aufträge beschritten werden, die umso notwendiger sind, als es gilt, für eine Schuldenlast von 65 Millionen Gulden jährlich 6½ Millionen an Zinsen aufzubringen [1]). Die Vorbedingung hierfür aber ist Konkurrenzfähigkeit, die nur erreicht werden kann, wenn die Arbeitsbedingungen ihrerseits den Wettbewerb mit dem Auslande gestatten.

Im Januar 1924 wurde gelegentlich einer Debatte über den 8-Stundentag von den Gewerkschaften eine Resolution angenommen, die Möglichkeiten darstellen sollte, die Arbeitsmarktlage zu bessern. Man verlangte hierin: Ein-

[1]) Aus der Denkschrift des Völkerbundes.

führung verkürzter Arbeitszeit, straffe Anwendung der Demobilmachungsbestimmungen und Aufnahme größerer Notstandsarbeiten. Die Praxis hat in den letzten Jahren gezeigt, wie wenig diese Vorschläge geeignet sind, zu einer Veränderung der Lage zu verhelfen. Die Gegenwart verlangt nach den Erfahrungen in allen Punkten ziemlich das Gegenteil. Sie verlangt nicht die Einführung verkürzter Arbeitszeit, sondern die Steigerung der Leistung, natürlich in bestimmten Grenzen; es ist ein Unding, bei sinkender Arbeitsleistung- und zeit mit erhöhten Lohnforderungen aufzutreten, denn die Kaufkraft des Lohnes hängt von der Menge und Qualität der produzierten Güter ab.

Die Gegenwart verlangt weiter die Lockerung der zu straffen arbeitsrechtlichen Bindungen, die Einschränkung in den Bestimmungen über die Freimachung von Arbeitsstellen, über die Zwangsvermittlung, das Schlichtungswesen und die Arbeitszeit.

In Danzig besteht eine Zwangsvermittlung für das Gastwirtsgewerbe, die wohl in Europa einzig in ihrer Art ist.

Der Streit um das Schlichtungswesen nimmt in der Gegenwart eine Sonderstellung ein. Die Stellungsnahme zu diesem Problem wird nicht nur durch parteipolitische Ansichten beeinflußt, sondern muß auch im wesentlichen durch den Interessentenkreis der Beteiligten bestimmt werden. Aus diesem Grunde ist es verständlich, wenn der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in fast allen Fällen versucht, eine Einigung auf der Mittellinie herbeizuführen, um beiden Parteien gerecht zu werden, selten werden wirtschaftliche Erwägungen von Einfluß sein. Die Praxis kennt Beispiele, bei denen vor der einen Seite Aenderungen doppelt so hoch vorgeschlagen worden sind, als man erreichen wollte. Durch die Kompromißentscheidung des Schlichtungsausschusses kam dann der eine Teil zu dem zufriedenstellenden Erfolg.

Das Schlichtungswesen steht in Danzig noch zu sehr unter der Devise „der schwächere Teil muß geschützt

werden"; dabei bleibt immer noch die Frage offen, wer bei den heutigen wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnissen in Danzig in Wirklichkeit der schwächere Teil ist. Der bestimmende Einfluß der Gewerkschaften ist unverkennbar, daher muß das Schlichtungswesen an Einseitigkeit leiden.

Deutschland hat die Verordnungen über das Schlichtungswesen schon teilweise abgebaut und die Lohngestaltung durch freie Vereinbarung geregelt; in Danzig versuchen die einzelnen Betriebe von sich aus nachzukommen. Die Tarifvertragsgestaltung der Gegenwart macht jede individuelle Bezahlungsweise unmöglich, und das Prinzip der Gleichmacherei kann zu einer besonderen Leistungsfähigkeit des einzelnen kaum führen. Sie hat den unverkennbaren Nachteil, daß die Differenz der Löhne zwischen gelernten und ungelernten Kräften der einzelnen Berufsgruppen zueinander zu gering sind, ein Uebelstand, der insofern bedenklich erscheint, als er geeignet ist, den Nachwuchs abzustoppen. Im Sommer 1926 bestand in Deutschland zwischen den Löhnen für gelernte und ungelernte Arbeiter eine Differenz von 30,2%. Nach den geltenden Tariflöhnen ab 4. August 1926 zeigte in Danzig die entsprechende Differenz in einigen wichtigen Berufszweigen folgendes Bild:[1])

	Diff. zwischen den Löhnen für gel. u. ungel. Arbeiter
Gemeinde- und Staatsarbeiter:	22,3% (22,1%)
Staatsbahn- und Hafenausschuß:	21,0% (20,6%)
Danziger Werft:	15,5% (12,9%)
Straßenbahn:	25,9% (24,7%)
Kleinbahn:	19,6% (18,9%)
Troylwerk:	15,5% (12,9%)

[1]) Berechnungen nach Zusammenstellungen aus den Akten des Danziger Lohnamtes.

Handwerk:		
Baugewerbe:	11,11%	(10,7%)
Tischler:	13,30%	(12,4%)
Elektromonteure:	28,70%	(23,3%)
Klempner, Installateure und Heizungsmonteure:	29,40%	(22,1%)

(Die Zahlen in Klammern bedeuten die entsprechenden Werte für 1925).

Es ist verständlich, daß wenige die Mühe und Unkosten auf sich nehmen, 3 oder 4 Jahre zu lernen, um nach beendeter Lehrzeit in ihrem Berufe weniger zu verdienen als ungelernte Kräfte in einem anderen.

Wenn man die Frage der Lohngestaltung kraß beurteilen will, so kommen überhaupt nur zwei Wege in Frage: entweder ist der Staat in der Lage, den Betrieben zu den Löhnen, die sie zahlen können, einen Zuschuß zu gewähren, sodaß die Gesamtsumme die Tarifsumme erreicht, oder sie werden gänzlich aufgehoben. Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung hängt ja von der Zahlungskraft der Wirtschaft ab, und mit ihrer Leistungsunfähigkeit muß auch eine Unterstützung aufhören. Von diesem Zeitpunkte an tritt dann eine Machtverschiebung ein, d. h. die Arbeitsbedingungen werden einseitig diktiert.

Neben dem Schlichtungswesen sind die Diskussionen über den 8-Stundentag von Wichtigkeit. Man hat vor nicht allzulanger Zeit in Danzig und Deutschland recht lebhafte Debatten über dieses Thema gepflogen, und es ist damals in Danziger Kreisen die Ansicht vertreten worden, die Arbeitszeit noch mehr zu kürzen, um durch Mehreinstellungen die schwierige Arbeitsmarktlage günstig zu beeinflussen. In Deutschland hält man heute an dem 8-Stundentag nicht mehr streng fest, und in der Metallindustrie z. B. wird täglich 9 Stunden gearbeitet. Es ist durchaus falsch, wenn von den Gewerkschaften in Danzig die Ansicht vertreten wird, daß nur bei achtstündiger Arbeits-

zeit der Werktätige seine Kräfte wirklich produktiv entfalten kann, und daß bei einer Verlängerung der Arbeitszeit durch Uedermüdungserscheinungen die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Eine derartige Verallgemeinerung kann für Danziger Verhältnisse garnicht in Frage kommen. Man kann nicht schematisch eine Arbeitszeit aufstellen, innerhalb der ein Optimum an Arbeitsintensität erreicht wird. Es gibt im Freistaat keinen Betrieb, in dem die Einführung einer längeren Arbeitszeit gesundheitsschädlich wirken würde. Ein so starres System, wie es in Danzig üblich ist, kann für Betriebe geeignet sein, die auf die Herstellung von Massenartikeln eingerichtet sind. (Bandsystem). Selbst wenn die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht gestatten sollte, so muß doch berücksichtigt werden, daß es Fälle geben kann, in denen durch Verlängerung der Arbeitszeit eine Verbilligung der Produkte erzielt wird, und damit die Möglichkeit gegeben ist, die Produktion zu vergrößern und den Arbeitsmarkt zu entlasten. Eine derartige Entwicklung kann sich natürlich besonders in der Gegenwart nur langsam vollziehen. Für die Danziger Werftindustrie z. B. könnte eine Verlängerung in Frage kommen, da die Abwickelung der Arbeitstätigkeit genügend Gelegenheit bietet, sich auszuruhen. Die Arbeit wechselt ständig, und eine häufige Unterbrechung wird schon durch die Materialheranschaffung etc. gewährleistet. Die Unkosten würden sich bei einem auf längere Arbeitszeit eingestellten Betrieb nur unwesentlich erhöhen.

Ueber die dritte Forderung, die Aufnahme größerer Notstandsarbeiten ist an anderer Stelle[1]) schon eingehender gesprochen worden. Ihre Notwendigkeit darf nicht bezweifelt werden, sie sind aber nur dann brauchbar, wenn das Kapital, das zu ihrer Finanzierung verwendet wird, auch wirklich zu einer Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit beiträgt; wenn es gelingt, durch sie plan-

[1]) Vgl. S. 42 ff.

mäßig die Kaufkraft zu heben und durch eine erhöhte Nachfrage der Wirtschaft zu gesteigerter Tätigkeit zu verhelfen.

Es sind in der Gegenwart schon Anzeigen vorhanden, die auf eine Besserung in der Zukunft schließen lassen, und der in den nächsten Jahren zu erwartende Zuwachs an Arbeitskräften nach vollendeter Schulbildung bewegt sich, wie in allen anderen Ländern Europas, auf abfallender Linie. Man rechnet 1926 mit 7000, 1928 mit 6000, 1929 mit 5000, 1930 mit 4300, 1931 mit weniger als 4000 und erst um die Mitte des nächsten Jahrzehntes mit einem Zuwachs [1]). Diese verminderte Kinderzahl ist eine Folge des Weltkrieges. Die Zahlen für Deutschland zeigen dieselbe Tendenz: während 1928 1 293 000 junge Leute dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, vermindert sich ihre Zahl 1930 auf 793 000, 1932 auf 651 000 und steigt erst 1933 auf 696 600 und 1935 auf 1 270 500 [2]), sodaß sich die erhöhte Geburtenzahl der Inflationszeit erst in einem Jahrzehnt auswirken wird.

Zur Aenderung der Höhe der Unterstützungssätze der Erwerbslosen wird man sich nur schwer entschließen können. Die Unhaltbarkeit dieser Tarife ist schon an verschiedenen Stellen der vorangegangenen Ausführungen dargestellt worden. Man hat in Senatskreisen ausgerechnet, daß eine Anlehnung an das deutsche System im Jahre 1926 eine Ersparung von ca. 2 Millionen Gulden bedeutet hätte, eine Summe, die fast die über den Etat hinausgehenden Aufwendungen der Erwerbslosenfürsorge decken würde. Deutschland hat ein Ortsklassensystem, nach denen die Unterstützungssätze in verschiedenem Verhältnis zu einander stehen; Danzig kennt dieses Ortsklassensystem nicht. Die Erwerbslosen im Freistaat haben außer ihrer Unterstützung eine Wirtschaftsbeihilfe erhalten, die in Deutschland nicht

[1]) Aus der Denkschrift des Völkerbundes über die wirtschaftliche Lage Danzigs.

[2]) Soziale Praxis 1926 Nr. 7.

ausgeteilt wird. Eine Gegenüberstellung der Sätze für Industriearbeiter zeigt folgendes Bild:[1])

Deutschland: Ortsklassensystem A—E pro Tag		Danzig
Ueber 21 Jahre	139—173 P	175 P
Unter 21 „	85—104 P	125 P
Familienzuschläge: Ehefrau	49—60 P	60 P
Kinder	34—41 P	45 P

(Die deutschen Sätze sind zum besseren Vergleich in Guldenpfennigen angegeben).

Beim Vergleich dieser Zahlen ist aber zu berücksichtigen, daß die Lebensbedingungen im Freistaat nicht teurer sind, als die in Deutschland, und daß die Preise für Lebensmittel infolge des polnischen Dumpings wesentlich tiefer liegen, als in Deutschland, wie nachfolgende Tabelle zeigt:[2])

Frieden = 100

Monat	Danzig	Deutschl.	Monat	Danzig	Deutschl.
Januar 25	141,4	134,4	Januar 26	133,6	139,8
April	139,6	136,7	März	131,2	138,3
Juli	146,3	143,3	Mai	131,8	139,9
Oktober	142,0	143,5	Juli	136,7	142,4
Dezember	135,3	141,2	August	135,6	142,5

Es ist an anderer Stelle schon darauf hingewiesen worden, daß die Lage des Arbeitsmarktes in Danzig im Laufe der Jahre 1925 und 1926 auch zahlenmäßig wesentlich ungünstiger war als die Deutschlands im selben Zeitabschnitt.

Im Rechnungsjahr 1925 26 sind im Freistaat 6842285. G. an Erwerbslosenunterstützung an einem Monatsdurchschnitt von 8195 Hauptunterstützungsempfänger gezahlt worden.[3]) Die Zahl der bei den 8 Arbeitsämtern im Frei-

[1]) Wirtschaft und Statistik 1926, Nr. 18 S. 245.

[2]) Danziger Statistische Mitteilungen 1926 Nr. 10.

[3]) Die Zahlen der Arbeitsuchenden nach Auszügen aus den Akten des Arbeitsamtes; die Lohnsätze aus den Akten des Lohnamtes der Stadt Danzig, die Höhe der Erwerbslosenunterstützungssumme nach Angaben des Berichtes des Völkerbundes.

staat im Laufe dieser Zeit gemeldeten Arbeitsuchenden betrug aber im Monatsdurchschnitt 12895 Personen, da ein erheblicher Teil nicht unterstützungsberechtigt war. Wenn man bedenkt, daß die Löhne in Danzig für gelernte Arbeiter sich zwischen 70 und 180 P pro Stunde bewegten, für ungelernte zwischen 50 und 120 P und für Jugendliche zwischen 30 und 60 P, so kann man unter Berücksichtigung der entsprechend niedrigeren Löhne für weibliche Kräfte und Landarbeiter mit einem Wochendurchschnittslohn von rund 40 Gulden rechnen. Der Lohnausfall für das Jahr 1925,26 kann also bei 12895 Arbeitsuchenden mit rund 24,7 Millionen Danziger Gulden veranschlagt werden. Nach Abzug der ca. 7 Millionen Gulden, die als Erwerbslosenunterstützung gezahlt wurden, verbleibt ein Kaufkraftausfall von rund 17,7 Millionen Gulden.

Die Folgen der verminderten Kaufkraft mußten sich im Freistaate im Vergleich zu Deutschland erheblich schwerer bemerkbar machen, da hier einige günstige Momente zur Besserung der Wirtschaftslage und zu einem teilweisen Ausgleich beitrugen, die in Danzig so gut wie gänzlich fehlten. Dies waren die Mehrleistungen des deutschen Kohlenbergbaues infolge des englischen Bergarbeiterstreiks, ferner die sehr wesentlichen Subventionen des Reiches, der Länder und einzelner Gemeinden, vornehmlich an die Traktorenindustrie, die Werftindustrie, die Leinenindustrie und die Siegerländer Industrie. Die Schaffung dieser zusätzlichen Kaufkraft hat den Ausfall durch die Erwerbslosigkeit wenigstens teilweise ausgeglichen. Auf Grund dieser Tatsachen ist es verständlich, daß die deutsche Industrie in manchen Warengruppen die Danziger Produktion bis 40 % unterbieten konnte.

Zum Abschluß der Arbeit soll noch ein wichtiger Faktor für die Gestaltung des Danziger Arbeitsmarktes Berücksichtigung finden; nämlich die Entwickelung der polnischen Wirtschaft.

Polen ist Jahre hindurch der Schauplatz vieler Kämpfe

des Weltkrieges gewesen. Die nachfolgende Zeit des Friedens zeigt daher eingehende Bemühungen, die Folgen des Krieges wieder gut zu machen. Wenn nach der Ansicht englischer Wirtschaftsführer größere Summen für die Wirtschaft nur dann frei werden, wenn man großzügig abrüstet, so trifft dieser Punkt für Polen ganz besonders zu. Die Gegenwart läßt wie in Deutschland eine langsame Besserung erkennen, die durch die verhältnismäßig günstige Entwicklung der polnischen Außenhandelsverhältnisse bedingt ist. Die Handelsbilanz zeigte seit Januar 1926 bis zum September 1926 einen Ausfuhrüberschuß von 505 Millionen Goldzloty. Die Ursache dazu war einmal der englische Bergarbeiterstreik, dann das Dumping infolge der Zlotyentwertung. Die gehobene Kaufkraft der Bevölkerung und vor allem der Bergarbeiterstreik haben ihrerseits zur Belebung auf dem Texilmarkt beigetragen.

Die polnische Industrie leidet wie die Danziger unter dem zu geringen Konsum des Inlandes. In Friedenszeiten arbeiteten die Lodzer Textilbetriebe für ein Hundertmillionenvolk, und der Absatz ihrer Erzeugnisse war durch eine ausreichende Zollmauer vor dem Auslande geschützt. Heute ist das Binnenabsatzgebiet der Bevölkerungszahl nach auf ein Viertel zusammengeschrumpft. Der Ausweg, der allein bleibt, ist die Suche nach neuen Absatzmärkten; man findet aber überall eine Konkurrenz, die schon jahrelang dort tätig ist.

Die Byalistoker Textilindustrie, die im Jahre 1913 mit 150000 Spindeln arbeitete, hatte 1925 nur noch 12000 im Betrieb und von den 170 Fabriken der Friedenszeit waren 1925 10 voll beschäftigt [1]). Mitte 1925 arbeiteten die meisten Fabriken nur noch vier Tage in der Woche und zahlten für zwei Tage Barlohn und für zwei Tage Naturallohn. Der Hauptteil der Bevölkerung ist aber in der Landwirtschaft tätig, und Stützungsaktionen zu ihren Gunsten

[1]) Auszüge aus einem Artikel über die Byalisstocker Textilindustrie, in d. Danz Neuesten Nachr. 10. 9. 26.

werden eine Vorbedingung sein für eine günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes der Industrie und des Handels.

Die Schwierigkeiten, die sich beim Versuch einer Einigung zeigen, ergeben sich daraus, daß nur gewisse Kreise der Volkswirtschaft an dem Zustandekommen eines Handelsvertrages interessiert sind. Man beginnt aber schon einzusehen, daß die Politik des Protektionismus und der Prohibitivzölle eingeschränkt werden muß, und daß vom wirtschaftsgeographischen und wirtschaftspolitischen Standpunkt das Naheliegende ist, sich mit Deutschland zu einigen. Von dieser Einigung würde auch Danzig profitieren, für das die Hebung der polnischen Kaufkraft Lebensnotwendigkeit ist.

Es bestehen aber auch in der Gegenwart berechtigte Befürchtungen, daß die günstige Konjunktur nicht anhalten wird, da die Preise infolge der hohen Getreidepreise eine steigende Tendenz haben und sich dem Weltmarktniveau nähern.

Es ist außerordentlich schwer, die zukünftige Entwicklung vorauszusagen. Wenn man sich nochmals die Ursachen der gegenwärtigen Krise vor Augen hält: neben der Depression auf dem Weltmarkt der deutsch-polnische Zollkrieg, die Zollunion mit Polen, die Verschlechterung der polnischen Valuta, die Regelung des polnischen Exports, die Krisis der polnischen Banken, dann kann man infolge der Einflußlosigkeit des Freistaates eine gewisse Tatenlosigkeit verstehen. Im Sommer 1926 verfaßte ein Mitglied des Finanzkomités des Völkerbundes einen Bericht[1])

[1]) Janssen'scher Bericht des Völkerbundes über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Freistaates; Karl Becker 1926.

über die wirtschaftliche Lage, vor allem über die finanzielle Lage des Freistaates, der dem Völkerbund zur Beurteilung der Verhältnisse als Unterlage dienen sollte. Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß diese Darstellung in vielen Punkten zu optimistisch gehalten ist. Die Entwicklung der Verhältnisse der folgenden Monate und die vorläufig abgeschlagene Auslandsanleihe haben dieser Kritik rechtgegeben.

Anhang.

Tabelle I.

Die Entwickelung der Zahlen der männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden der Stadt Danzig 1921—1926 (per 15. jeden Monats).[1])

	1921			1922		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	5.087	378	5.465	3.699	747	4.446
Februar	5.013	472	5.485	4.006	736	4.742
März	4.637	638	5.275	3.219	761	3.980
April	4.571	611	5.182	2.366	750	3.116
Mai	4.566	490	5.056	1.079	672	1.751
Juni	4.485	531	5.016	738	378	1.116
Juli	4.636	547	5.183	1.078	297	1 375
August	4.155	583	4.738	816	396	1.212
September	4.203	670	4.873	604	374	978
Oktober	3.616	697	4.313	589	347	936
November	3.578	736	4.314	638	423	1.061
Dezember	4.214	743	4.957	777	281	1.058

	1923			1924		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	850	346	1.196	2.947	273	3.220
Februar	1.067	297	1.364	3.297	186	3.483
März	1.670	460	2.130	3.755	199	3.954
April	1.252	598	1 850	2.176	252	2.428
Mai	780	315	1.095	1.300	309	1.609
Juni	478	292	770	1.322	388	1.710
Juli	478	269	747	1.740	269	2.009
August	1.014	436	1.450	2 135	269	2.404
September	2.021	661	2.682	1.879	288	2.167
Oktober	1.425	444	1.869	1.798	265	2.063
November	1.977	283	2.260	1.805	236	2.041
Dezember	2.249	238	2.487	2.457	285	2.742

[1]) Zusammenstellung nach Auszügen aus den Tagesberichten des Arbeitsamtes der Stadt Danzig.

	1925			1926		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	3.498	369	3.867	10.076	1.467	11.543
Februar	5.072	593	5.665	10.647	1.921	12.568
März	5.355	660	6.015	9.210	1.897	11.107
April	4.686	568	5.254	8.199	1.736	9.935
Mai	4.424	616	5.040	8.410	1.661	10.071
Juni	4.226	624	4.850	7.816	1.751	9.567
Juli	4.260	610	4.870	7.160	1.674	8.834
August	4.129	492	4.621	7.553	1 796	9 349
September	4.761	771	5.532	6.476	1.451	7.927
Oktober	5.553	770	6 323	6.614	1.530	8.144
November	7.705	1.138	8.843			
Dezember	8.819	1.145	9.964			

Tabelle II.

Die Entwickelung der Zahlen der männlichen und weiblichen Hauptunterstützungsempfänger der Stadt Danzig 1919—1926.[1])

	1919			1920		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar				4.315	1.560	5.875
Februar				4.340	1.682	6.022
März				3.970	1.640	5.610
April	1.113	481	1.594	4.015	1.666	5 681
Mai	742	491	1.233	3.788	1.490	5.278
Juni	728	597	1.325	2.763	1.232	3.995
Juli	558	816	1.374	2.098	594	2.692
August	1.225	833	2.058	1 788	553	2.341
September	1.363	1.162	2.525	1.726	355	2.081
Oktober	2.179	1.498	3.677	1.305	328	1.633
November	3.588	1.466	5.054	1.078	281	1.359
Dezember	4.753	1.575	6.308	783	159	942

[1]) Auszüge aus den Wochenzusammenstellungen des Danziger Erwerbslosenfürsorgeamtes.

	1921			1922		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	1.027	92	1.120	998	112	1.110
Februar	1.005	52	1.057	821	97	918
März	1.158	50	1.208	1.181	127	1.308
April	911	35	946	665	95	760
Mai	926	40	966	329	124	453
Juni	926	40	966	150	92	242
Juli	953	41	994	82	29	111
August	986	53	1 039	87	3	90
September	966	77	1.043	55	17	72
Oktober	942	85	1.027	34	16	50
November	872	89	961	13	3	16
Dezember	960	122	1.082	9	2	11

	1923			1924		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	6	1	7	945	25	970
Februar	14	3	17	1.143	22	1.165
März	24	—	24	1.770	21	1.791
April	70	1	71	1.758	5	1.763
Mai	50	10	60	729	15	744
Juni	17	1	18	309	7	316
Juli	17	2	19	295	3	298
August	17	1	18	580	4	584
September	24	8	32	736	9	745
Oktober	311	31	342	647	14	661
November	446	29	475	522	12	534
Dezember	743	27	770	507	9	516

	1925			1926		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
Januar	849	7	856	6.012	438	6.450
Februar	1.629	11	1.640	7 522	892	8.334
März	2.645	24	2.669	7.936	1.007	8.943
April	3.163	57	3.220	7.450	1.257	8.707
Mai	2.866	107	2.973	5.204	930	6.134
Juni	2.791	112	2.903	5.610	987	6.597
Juli	2.942	132	3.074	5.405	1.084	6.489
August	2.815	124	2.939	5.487	1.152	6.639
September	2.623	127	2.750	5.185	1.202	6.387
Oktober	2.848	135	2.983	4.703	1.050	5.753
November	3.316	176	3.492	4.930	934	5.864
Dezember	4.180	293	4.473	5.236	1.000	6.236

Tabelle III.

Die Entwickelung der Zahlen der Arbeitsuchenden des Freistaates 1925—1926.[1])

1925	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Danzig Stadt	5.549	5.673	5.887	5.865	4.479	5.611	5.277	5.385
Oliva	408	442	598	347	326	276	275	358
Zoppot	638	707	487	503	416	349	295	440
Neuteich	95	113	105	100	85	20	—	—
Tiegenhof	78	81	81	83	30	34	—	—
Ldkr. Danz. Höhe	489	655	781	790	398	317	407	352
Ldkr. Danz. Nied.	663	680	1.000	620	485	330	330	220
Ldkr. Gr. Werder	770	875	677	300	260	130	130	130
Freistaat	8.490	9.226	9.616	8 608	6.485	7.067	6.710	6.885

1925	IX.	X.	XI.	XII.	1926 I.	II.	III.	IV.
Danzig Stadt	5.735	8.295	9.664	11.532	13.088	13.462	11.467	10.146
Oliva	400	588	773	932	1.013	1.015	1.275	839
Zoppot	493	546	697	1.065	1.449	2.370	923	982
Neuteich	25	2	72	145	142	156	149	100
Tiegenhof	38	53	85	138	133	172	148	58
Ldkr. Danz. Höhe	269	304	482	822	1.150	1.296	1.270	1.000
Ldkr. Danz. Nied.	240	344	550	1.180	1.630	1.830	1.830	907
Ldkr. Gr. Werder	130	354	717	1.560	2.110	2.110	1.851	1.723
Freistaat	7.330	10.485	13.610	17.374	20.715	22.411	18.859	15.745

1926	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.
Danzig Stadt	11.053	10.201	9.545	8.773	8.765	9.609	9.895	10.425
Oliva	745	703	655	660				
Zoppot	929	794	788	843	803	956	1.060	1.165
Neuteich	100	115	86	99	89	16	95	134
Tiegenhof	31	86	105	75	75	120	148	150
Ldkr. Danz. Höhe	987	894	806	671	669	600	682	1.022
Ldkr. Danz. Nied.	850	680	630	630	600	695	776	960
Ldkr. Gr. Werder	1.567	1.467	921	823	905	944	1.145	2.090
Freistaat	16.262	14.940	13.536	12.575	11.906	12.940	13.801	15.966

[1]) Auszüge aus den Monatsberichten des Arbeitsamtes der Stadt Danzig.

Lebenslauf.

Als Sohn des Kaufmannes *Walter Hein* und seiner Ehefrau *Ella* geb. *Sausel* bin ich am 14. November 1902 in Elbing (Ostpreußen) geboren. Ich besitze die Danziger Staatsangehörigkeit.

Seit 1909 besuchte ich in Danzig die Oberrealschule zu St. Petri und Pauli und bestand am 13. März 1922 mein Abiturientenexamen. Am 1. April 1922 trat ich bei der Volksbank für den Kreis Danziger Höhe als Lehrling ein; gleichzeitig studierte ich an der Technischen Hochschule Danzig Nationalökonomie. Die Herren Professoren *Dr. Hasenkamp, Dr. Luckwaldt, Dr. Lembke, v. Bockelmann* und *Dr. Reimann* waren meine akademischen Lehrer. Nach Beendigung meiner Lehrzeit, Weihnachten 1923, war ich bei dem oben erwähnten Institut als Bankbeamter bis zum 1. April 1924 tätig. Zum Sommersemester 1924 siedelte ich nach Marburg über, wo ich Vorlesungen der Herren Professoren Geheimrat *Dr. Troeltsch, Dr. Koeppe* und *Dr. Schulze-Jena* über Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Geographie hörte.